

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Eröffnungsfestlichkeiten am Weltsozialforum 2007 in Nairobi: Das Forum war erstmals thematisch wie personell geprägt durch eine breite Beteiligung Afrikas. Foto carlosjw's photostream.

Gespräch mit dem «Altermondialisten» Ignacio Ramonet

Die Machtfrage stellen

Die globalisierungskritische Bewegung muss ihre Unschuld verlieren und die Machtfrage stellen, meint einer der historischen «Gründungsväter» der Weltsozialforen, Ignacio Ramonet, im Gespräch mit «Unsere Welt».

Von Martin Schwander

Ignacio Ramonet, Herausgeber des «Monde diplomatique», Begründer von ATTAC und Mitinitiant des ersten Weltsozialforums von Porto Alegre, empfängt uns in seinem bescheidenen Pariser Büro in der Nähe des Place d'Italie. Der Schreibtisch ist überstellt mit Büchern: ein Mann, der viel liest. Und der selbst auch Bücher schreibt: «Atlas der Globalisierung», «Die Kommunikationsfalle», «Die neuen Herren der Welt», «Kriege des 21. Jahrhunderts», «Liebesgrüsse aus Hollywood», um nur einige Titel zu nennen, die in deutscher Übersetzung herausgekommen sind. Das neueste, aufwändigste Werk ist in Frankreich dieser Tage bei Fayard erschienen: «Fidel Castro», eine «Biographie à deux voix», eine zweistimmige Biographie, Resultat von über hundert Gesprächsstunden mit dem kubanischen Revolutionsführer.

Planetarisches Netzwerk

Für den Mann, der vor zehn Jahren im «Monde diplomatique» die Gründung einer weltweiten Organisation forderte, die sich für die Erhebung einer Tobinsteuer zugunsten der Menschen einsetzen sollte und damit den Grundstein legte für die globalisierungskritische Bewegung ATTAC, sind einige der Positionen der Weltsozialforen überholt. «Als wir selbst mitgeholfen haben, die Sozialforen zu lancieren, haben wir das in einem bestimmten intellektuellen Kontext ge-

tan, in Funktion zu einer Analyse, die uns zum Schluss führte, dass die Eroberung der Macht einen zu übermässigen Einsatz von Energie verlangte, nur um schliesslich eine sinnentleerte Macht zu erlangen. Sozusagen in der Perspektive des Sub-Comandanten Marcos: Man muss und kann die Gesellschaft von unten her verändern, ohne die Macht zu ergreifen. Du änderst von etwas Stück für Stück, bis plötzlich alles verändert ist. Also hat es keinen Sinn, die Macht erobern zu wollen, wenn du dann gleichwohl von den Finanzmächten gegängelt wirst, von den Mächten und Kräften, die die Globalisierung im Griff haben. Auf diese Basis stellten wir das Projekt: Lasst uns eine Art planetarisches Netzwerk von Gemeinschaften weben, von denen jede versuchen würde, etwas zu verändern gegen die Globalisierung auf ihrem Gebiet. Deshalb erlebten wir auch diese ganze Blüte von Bewegungen, die sich einmal im Jahr am grossen Sozialforum zusammenfanden.»

Veränderungen auch von oben

Inzwischen hätten wir aber miterleben können, dass insbesondere in Lateinamerika, das am meisten unter der Globalisierung leide, durch Volkswillen, auf der Grundlage von Wahlen, Regierungen entstanden sind, die die Dinge von oben zu verändern begannen. «Ich denke dabei an Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela, Bolivien, Ecuador, Haiti, Nicaragua

etc. Und die haben selbst Dinge zu ändern begonnen, die man für unveränderbar hielt. Das Wort Nationalisierung beispielsweise war aus dem Sprachgebrauch verschwunden. Sogar die Marxisten bei uns, selbst die KP's verlangen nicht mehr nach Nationalisierungen. Wagen es nicht mehr. Nicht mal mehr Vollbeschäftigung. Und nun kommen in Ländern mit riesigen sozialen Unterschieden plötzlich volksnahe Regierungen an die Macht und lösen Versprechen ein, wegen deren sie gewählt worden sind: Verstaatlichung der Naturreichtümer, Verwendung der Profite zugunsten der Ärmsten. Also hat man sich gesagt: Aha, man kann die Dinge auch von oben ändern.»

Die zwölf Punkte

Auf dem fünften Sozialforum von Porto Alegre im Jahr 2005 sei deshalb das Bestreben gewesen, der losen Bewegung ein minimales Programm zu geben. «Wir waren überzeugt von der Notwendigkeit, dass wir uns, ohne unsere Unterschiede und Besonderheiten aufzugeben, die ja den ganzen Reichtum der Bewegung auch ausmachen, dass wir uns also einigen sollten auf ein Projekt, ohne die eigenen und spezifischen Tätigkeiten zu vernachlässigen. Daraus sind die 12 Punkte entstanden, das Manifest von Porto Alegre.»

Dem Text des Manifestes, der von 19 Begründern des Weltsozialforums vorgelegt worden war und sich für die Einführung der Tobin-Steuer, gegen die Privatisierung des Wassers und den Zugang zu Trinkwasser als Menschenrecht, für die Streichung der

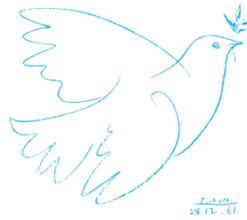
Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

30. Jahrgang
Nr. 1 – 2007
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

Weltsozialforum in Nairobi: Fortschritte und Rückschritte	2
Iran-USA: Das Schweizer Memorandum	3
Provokationen in Israel: Wahnsinn mit Methode	4
USA-Kuba: Blockade muss weg	5
Buchbesprechung: Ist Pazifismus überholt?	6
Streit um Generika: Unersättliche Novartis	7
Kuba das Wort geben: Fidel Castro im O-Ton	8



Dreiländer Friedens- kundgebung

In der Tradition des Ostermarsches
Saalveranstaltung mit Information,
Diskussion, Film, Musik, Disco, etc.

Samstag, 31. März 2007
Schmiedenhof, Rümelinsplatz, Basel

Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker

**keine Aggression gegen Cuba,
Venezuela und Bolivien**

Für Dialog und Konfliktlösung

gegen Besetzung von Irak und Palästina

Für friedliche Völkerverständigung

kein Krieg gegen den Iran

Keine US-Stützpunkte in Europa

11.00 Uhr

14.00 Uhr

17.00 Uhr

20.30 Uhr

Kurzfilme über Venezuela
Comandante, Film von Oliver Stone

Vortrag und Diskussion
Referent: Dieter Drüssel, Zentralamerikasekretariat
Lateinamerika im Aufbruch

LiveMusik und Disco mit DJ LOOQITO

Ostern – ein Fest des Friedens

Jedes Jahr vor Ostern wird von «Forbes» eine Liste der reichsten Menschen der Welt veröffentlicht (eine Menge Männer und 10 Frauen). Seit Jahren wird diese Liste von Bill Gates, dem Begründer von Microsoft, angeführt. Er soll ein Vermögen von 56 Milliarden Dollar besitzen. Die Forbes-Liste ist lang und wird immer länger. Zur Zeit weist sie 946 Milliarden mit 3,5 Billionen Dollar Vermögen aus. Das sind 35% mehr als im letzten Jahr! Die Zahlen sind schnell geschrieben, in Wirklichkeit aber für niemanden vorstellbar. Übrigens, etwa die Hälfte der Superreichen wohnt in den USA.

Ebenfalls vor Ostern berät der US-Kongress über die laufenden Militärausgaben. Auch diese steigen jährlich. Mit allen Nachträgen zur Zeit auf etwa das 7-fache vom Vermögen eines Bill Gates. Weltweit betragen die Militärausgaben mehr als eine Billion US-Dollar. Unvorstellbar die Zahl, sichtbar hingegen das Elend der Kriegsoffer. Übrigens, etwa die Hälfte der Kriegsausgaben verbraucht die USA.

Vor Ostern erhalten Sie, auch jedes Jahr, die erste Nummer von «Unsere Welt». Die Herausgabe kostet pro Jahr ca. 45'000 Franken. Endlich eine vorstellbare Summe, für uns aber sehr viel Geld. (Versuchen Sie nicht auszurechnen wie viele Jahre wir mit den obigen Beträgen die Zeitung produzieren könnten). Bitte helfen Sie uns bei der Verbreitung von «Unsere Welt» und unterstützen Sie uns mit ihrer Spende.

(Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7)



Vollversammlung sozialer Bewegungen in Nairobi 2007. Foto carlosjw's photostream

Fortsetzung von Seite 1

Aussenschulden der Länder der Dritten Welt, gegen den Rassismus in der Welt etc. aussprach, konnte zwar die grosse Mehrheit der um die 200 000 Teilnehmenden zustimmen. Und dennoch: «Es hat Anlass gegeben zu ausserordentlichen Debatten, ich selbst wurde scharf angegriffen, ich wolle mir die sozialen Bewegungen aneignen, ich wolle das Forum politisieren. Aber was anders als politisch ist denn das Weltsozialforum? Wir müssen eines verstehen: Wir haben mit Kräften zu tun, die nicht zuerst Koalitionen bilden müssen um sich zu finden für ein Projekt wie jenes der Globalisierung. Das ist alles sehr straff geführt, mit einer einheitlichen Doktrin, mit dem «Konsens von Washington», mit einer Organisation wie dem WEF, all das hat einen festen Rahmen.»

Der Misserfolg von Nairobi

Seit 2006, seit Caracas hätten sich gewisse Auflöschungstendenzen breit gemacht. «Viele lateinamerikanische Bewegungen, die zu Beginn das Forum getragen haben, ziehen es heute vor, auf ihrem eigenen Terrain zu arbeiten, weil sie die Bedingungen dafür vorfinden.» Statt sich an Foren zu erschöpfen würden sie etwa in Venezuela lieber hinaus in die Barrios gehen und dort «die Revolution machen». «Was heisst nun Revolution machen? Revolution machen heisst das Bildungswesen organisieren, das Gesundheitswesen, die Ernährung sicherstellen, die politische Debatte führen, die Ergreifung der wirtschaftlichen Macht organisieren etc. Heute haben wir viele Organisationen, in Uruguay, in Argentinien, in Brasilien, in Bolivien natürlich, die sich auf diesem Terrain mobilisieren und in Nairobi nicht mehr dabei gewesen sind.»

Ramonet, der wie Noam Chomsky, ein weiterer Mitunterzeichner des 12-Punkte-Programms von Porto Alegre, gar nicht erst ans letzte Weltsozialforum gereist ist, unterstreicht: «Nairobi ist ein enormer Misserfolg. Was haben wir in Nairobi vor allem vorgefunden? Vorab christliche Organisationen, mit ihrer Idee, dass mit gutem Willen etwas zu erreichen ist. Das ist sehr gut und ich will das gar nicht kritisieren, stelle einfach fest, dass der Schwung verloren gegangen ist. Ich glaube wir werden auch in Afrika noch erleben, dass von oben einiges verändert wird. Es geht ja nicht darum die Sowjets zu kopieren oder die Chinesen, mit ihren Revolutionen von oben, sondern es geht darum, die Revolution sowohl von unten wie von oben zu machen.» Also nicht mehr «die Welt verändern ohne die Macht zu ergreifen», vielmehr «die Gesellschaft verändern an der Basis und an der Macht». Auf diese Weise, ist Ramonet überzeugt, frischt sich die Macht selbst auf, schliesst sich nicht in ein Dogma ein, «und die Gesellschaft bleibt sehr lebendig.»

Sozialismus neu erfinden

Die «Altermondialisten» oder «Alterglobalisten» waren angetreten mit

dem Slogan «Eine andere Welt ist möglich!» Andere wiederum sagen «Sozialismus oder Barbarei» und geben dieser andern Welt nur dann eine Chance, wenn sie sozialistisch wird. Konvergenz oder Widerspruch? «Ich meine, es gibt hier Konvergenz. Das Problem ist einfach, dass der Begriff Sozialismus heute sehr verschwommen ist. Jeder interpretiert ihn auf seine eigene Weise, steckt das hinein was ihm passt. Eigentlich müssen wir heute den Sozialismus des 21. Jahrhunderts erfinden, unter Berücksichtigung dessen, was sich gegenwärtig in Lateinamerika abspielt. Dieser Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss selbstverständlich die Freiheit einbeziehen, die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt, die Sorge um die Umwelt, die im traditionellen Marxismus nicht existierte, eine Überlegung zum Funktionieren der Finanzwirtschaft, die nur in Ansätzen vorhanden war, Elemente wie die Nahrungs-Souveränität, anders gestaltete Beziehungen Süd-Süd. Eigentlich konstituiert die Integration der 12 Punkte von Porto Alegre das Embryo des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wir können nicht an die Verwirklichung eines Sozialismus des 19. Jahrhunderts gehen, auch nicht des 20. Jahrhunderts. Wir sind im Zeitalter des Internet, wir haben Kenntnis von der Erderwärmung, wir wissen, dass das Erdöl nächstens zur Neige geht, das sind alles Elemente, die in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts berücksichtigt werden wollen.

Und wenn ich von Freiheiten spreche: Man kann keinen Sozialismus des 21. Jahrhunderts angehen in einer Parteistruktur, die nach leninistischem Muster hierarchisch und autoritär aufgebaut ist. Das ist überholt, es braucht eine andere Form, sonst funktioniert es nicht. Es braucht viel mehr Mitbestimmung, viel mehr Vernetzung. Die Organisationsweise muss die Horizontalität berücksichtigen, die sich in unsern heutigen Gesellschaften entwickelt hat, mit all den Sensibilitäten, mit der Vielfalt des Individuums.»

Den Citoyen als Individuum wiederfinden

Das stumpfe Individuum sei verschwunden und mit ihm die Massen, hält der 64jährige Ehrenpräsident von ATTAC fest. «Heute finden wir Individuen, die sich in ihrer ganzen Komplexität viel feiner gefunden haben. Es ist also viel komplizierter geworden. Deshalb lagern sich soziale Sensibilitäten auch nicht mehr einfach in bestimmten Klassen ab, weil die Wahrnehmung der sozialen Solidarität viel feiner geworden ist. Natürlich wollen wir nicht in irgendeinen Kommunitarismus verfallen. Natürlich nicht. Der Sozialismus muss gerade den Citoyen als Individuum wiederfinden, den laizistischen Bürger, der sich befreit hat von der Entfremdung in Bezug auf Religion oder Nationalismus.» Religion und Nationalismus, so Ignacio Ramonet, «sind die beiden grössten Hindernisse auf dem Weg zum befreiten Individuum.»

Impressionen vom Weltsozialforum in Nairobi

Fortschritte und Rückschritte

Zwischen 60 000 und 70 000 Menschen nahmen Ende Januar am 7. Weltsozialforum in Kenias Hauptstadt Nairobi teil. Seit Jahren war kritisiert worden, dass aus ökonomischen Gründen kaum AfrikanerInnen zu den Weltsozialforen anreisen konnten. Wie in vielen anderen Bereichen würde Afrika auch von den globalisierungskritischen Debatten weitgehend abgehängt. Deshalb wurde seit längerem angestrebt, dass das WSF 2007 in Afrika stattfinden sollte. Da nur wenige afrikanische Staaten über die Infrastruktur für ein solches Megaevent verfügen, kristallisierte sich bald Kenias Metropole als Veranstaltungsort heraus.

Von Gert Eisenbürger

Die Durchführung des ersten Weltsozialforums in Afrika brachte ganz neue Fragestellungen, Ansätze und Herausforderungen an die Organisation und in die Diskussion. Massenquartiere in Sporthallen oder Schulen, Privatquartiere oder Zeltlager, wo das Gros der TeilnehmerInnen in Porto Alegre untergekommen war, standen kaum zur Verfügung, so dass die meisten EuropäerInnen, AsiatInnen, Nord- und SüdamerikanerInnen ebenso wie die angereisten AfrikanerInnen in den Mittelklasse- und Luxushotels Nairobis logierten. Die Entfernung zwischen diesen und den Elendsquartieren der Stadt, aus denen viele kenianische TeilnehmerInnen kamen, war nicht nur geografisch enorm.

Ein umstrittenes Politikum war die Essensversorgung der TeilnehmerInnen. Das kenianische Organisationskomitee hatte exklusive Restaurants und Hotels mit dem Catering beauftragt, weil nur sie, so die Argumentation, über die notwendige Infrastruktur verfügten. Diese Lieferanten boten in Zelten überwiegend europäisches Essen zu europäischen Preisen an. Vier bis sechs Euro waren für die meisten TeilnehmerInnen aus den Industrieländern kein Problem, für die meisten AfrikanerInnen, sofern sie nicht NRO-MitarbeiterInnen waren, aber schlicht unbezahlbar.

Soziale Realität Afrikas

Das Programmangebot der selbstorganisierten Seminare und Panels war einmal mehr gigantisch. Stärker als bei früheren Foren, wo die Folgen von neoliberaler Globalisierung im Mittelpunkt standen, nahmen diesmal Veranstaltungen zu Fragen der Grundsicherung mit Ernährung, Wohnung und Gesundheitsversorgung sowie zum Thema Aids einen breiten Raum bei den Veranstaltungen und den Informationsständen auf dem Forumsgelände ein, was zweifellos der sozialen Realität in Afrika geschuldet war. Natürlich gab es darüber hinaus das gewohnt breite Spektrum an Themen, an denen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen arbeiten, angefangen von Gender, über die weltweiten Kriege und Konflikte, Umweltzerstörung und Klimaveränderungen, deren Auswirkungen besonders in Afrika katastrophale Folgen haben könnten, bis zur Organisation von Schwulen und Lesben.

Zum politischen Schwerpunktthema des diesjährigen Forums wurde die Afrikapolitik der EU, konkret die Economic Partnership Agreements (EPAs), die den Ende dieses Jahres auslaufenden Kooperationsvertrag zwischen der EU und ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik, den sogenannten AKP-Staaten ersetzen sollen. Die EPAs, die derzeit verhandelt werden, sehen vor, dass die EU kein neues Abkommen mit allen AKP-Staaten abschliesst, sondern sechs einzelne Abkommen mit den Staaten der Karibik, des Pazifik und vier Regionalblöcken in Afrika. Die Staaten und Regionen werden so in Konkurrenz zueinander gesetzt, um sie zu grösstmöglichen Konzessionen an die europäischen Konzerne zu zwingen. Sollten sich die westafrikanischen Staaten etwa weigern, den schwimmenden

Fischfabriken aus Spanien und Irland den Fischfang in ihren Hoheitsgewässern zu gestatten, weil das die Lebensgrundlagen Hunderttausender von KüstenfischerInnen zerstört, dann kann die EU damit drohen, bestimmten Agrarprodukten aus Westafrika den bevorzugten Zugang zum EU-Markt zu verweigern, weil diese Produkte auch im südlichen und östlichen Afrika angebaut werden. Für viele afrikanische Staaten würden die EPAs eine deutliche Verschlechterung ihrer Handelsbeziehungen zur EU bringen und bäuerliche Existenzen im grossen Stil bedrohen.

Nicht nur beim Thema EPAs standen die EU-Staaten im Zentrum der Kritik auf dem Weltsozialforum. Dies empfand ich als einen erfreulichen Unterschied zu den Foren in Porto Alegre, wo das teilweise penetrante US-Bashing samt der dümmlichen Rituale wie der Verbrennung von US-Fahnen den Blick dafür verstellte, dass Europas Konzerne und ihre Regierungen mindestens im gleichen Umfang wie ihre US-KollegInnen an der Ausplünderung des Südens beteiligt sind.

Ohne Stars von einst

Bei den Weltsozialforen in Porto Alegre wurden immer wieder die Grossveranstaltungen mit prominenten GlobalisierungskritikerInnen in Frage gestellt. Diejenigen, die damit Probleme hatten, konnten in Nairobi zufrieden sein – die meisten Stars vergangener Foren fehlten. Nur Vandana Shiva und Samir Amin waren nach Nairobi gekommen, dazu die beiden afrikanischen FriedensnobelpreisträgerInnen Desmond Tutu und die in Kenia beheimatete Wangari Maathai. Ich hatte auch in der Vergangenheit ein eher zwiespältiges Gefühl, wenn die Massen in Porto Alegre zu den Grossveranstaltungen strömten, um ihre Gurus zu sehen. Aber andererseits kamen sie ja vor allem, um ihnen zuzuhören. Und zu sagen haben die Ikonen der Bewegung ja wirklich etwas. Wenn etwa Noam Chomsky vor mehr als zehntausend TeilnehmerInnen 90 Minuten ohne jedes Pathos dozierte, dann war das ein Crash-Kurs in Kapitalismus-Kritik, wie es ein deutscher Teilnehmer formulierte. Und Leonardo Boff wusste auch jene ökologischen Zusammenhänge zu erklären, die nicht meinen, dass alles Leben die Schöpfung eines Gottes ist. Und schliesslich stiessen viele Redner keineswegs auf ungeteilte Zustimmung, sondern riefen, wie etwa James Petras, mit ihren Thesen lebhaft Diskussionen hervor. Vorerst hat eine unheilige Allianz von linken Basokraten und jenen, die radikale Kritik aus dem Weltsozialforum verbannen wollen, erreicht, dass die intellektuellen Highlights diesmal fehlten.

Seminare: Hohes Niveau

Positive Entwicklungen gibt es bei den Weltsozialforen zweifellos in der Festigung existierender Zusammenhänge und der Weiterentwicklung von deren Debatten. So nutzten etwa die AktivistInnen, die überall auf der Welt gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und deren öffentliche Kontrolle kämpfen, die Weltsozialforen als Treffen der gegenseitigen Information und Weiterentwicklung bzw. Abstimmung ihrer Strategien.

Die Phase des noch inhaltsleeren Kennenlernens ist vorbei. Die Seminare und Veranstaltungen auf dem WSF in Nairobi waren durchweg auf einem hohen Niveau, strategisch ausgerichtet und gleichzeitig so offen, dass auch neue TeilnehmerInnen, die naturgemäss diesmal überwiegend aus Kenia und Ostafrika kamen, ihrerseits etwas von den Veranstaltungen hatten. Hier liegt natürlich ein Grundproblem der Weltsozialforen. Wie können Veranstaltungen und Debatten so organisiert werden, dass sie sich weiterentwickeln, gleichzeitig aber die Struktur der Weltsozialforen offen bleibt, so dass neue Leute hinzustossen können, vor allem solche aus den jeweiligen Regionen, in denen das WSF stattfindet. Lokale Organisationsprozesse und Bewegungen zu stärken und die globalisierungskritische Debatte zu globalisieren, war schliesslich der Anspruch, als der internationale Rat des Weltsozialforums 2003 entschied, nicht immer in Porto Alegre zusammenzukommen, sondern die Austragungsorte zu wechseln.

Kirchenpräsenz

Wesentlich stärker als in Brasilien war diesmal die Präsenz der Kirchen, was sicher mit deren Rolle in Afrika zusammenhängt. Vielerorts sind dort die Kirchen die einzigen nichtstaatlichen Organisationen mit realer Massenbasis. Gleichzeitig haben die meisten christlichen Kirchen in Afrika keine Tradition politischer Einflussnahme zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsschichten, wie dies etwa in Brasilien der Fall ist. Natürlich gibt es Ausnahmen, es sei nur an die Rolle mancher südafrikanischer Kirchen im Anti-Apartheid-Kampf erinnert. Aber im wesentlichen waren Afrikas Kirchen in der Vergangenheit vor allem karitativ ausgerichtet. Dies mag sicher dazu beigetragen haben, dass das Forum in Nairobi auf viele TeilnehmerInnen unpoltischer wirkte, als die Veranstaltungen in Porto Alegre und Mumbai.

Insgesamt sehe ich bei den Weltsozialforen eine problematische Tendenz zur Sozialdemokratisierung. Nicht dass sozialdemokratische Parteien sich auffällig in Szene gesetzt hätten – vielmehr war der Einfluss des sozialdemokratischen Mainstreams in Nichtregierungsorganisationen, Hilfsorganisationen und Kirchen allenthalben spürbar. Es geht mir hier keineswegs darum, ins bei manchen AktivistInnen beliebte Klagen über die Macht der NRO einzustimmen, die über ihr Geld (was überwiegend von den Regierungen des Nordens oder Akteuren wie der EU kommt) bestimmte Entwicklungen und Bündnisse dominieren. Mir scheint aber offensichtlich, dass bei Veranstaltungen, bei denen das Kräfteverhältnis zwischen NRO-Profis und organisierten Bewegungen sehr einseitig zugunsten der NRO ausschlägt, die Tendenz besteht, Debatten zu technisieren und damit letztlich zu entpolitisieren. In Porto Alegre und, wie ich gehört habe, wohl auch in Mumbai und Bamako, war die Balance zwischen VertreterInnen von NRO und radikalen Bewegungsleuten ausgewogen und dadurch auch befruchtend. In Nairobi waren die Bewegungen eindeutig in einer Minderheitenposition.

(Quelle: Informationsstelle Lateinamerika ilt; von der Red. gekürzt)

US-Regierung ignorierte iranisches Verhandlungsangebot

Das Schweizer Memorandum

Die US-Regierung hat im Mai 2003 einen umfassenden, weitgehenden Gesprächsvorschlag Irans ignoriert. Berichte über Teile dieses Vorgangs gab es schon länger. Nun wurden in der vergangenen Woche weitere Fakten bekannt, die das Bild vervollständigen. Unklar ist nach wie vor, welche amerikanischen Politiker damals das iranische Angebot gesehen und über seine Nichtbeachtung entschieden haben.

Von Knut Mellenthin

Erstmals veröffentlichte die Washington Post kürzlich ein zweiseitiges Memorandum des damaligen Schweizer Botschafters in Teheran, Tim Guldimann, der von den Iranern als Vermittler eingeschaltet worden war. Die Schweiz nimmt im Iran die Interessen der USA wahr, seit diese 1979 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben. Das Memorandum des Diplomaten trägt das Datum 4. Mai 2003 und besteht aus zwei Teilen: einem Bericht über seine Gespräche mit dem iranischen Botschafter in Paris, Sadeq Kharrazi, und einem mit «Roadmap» betitelten detaillierten Verhandlungsvorschlag. Guldimann hatte sein Papier damals an das US-Aussenministerium und, einigen Berichten zufolge, auch an den einflussreichen Präsidentenberater Karl Rove geschickt.

Der Schweizer Botschafter hatte bei Treffen am 21. April und 2. Mai 2003 mit Sadeq Kharrazi das «Roadmap»-Papier entworfen. Dieser diskutierte anschliessend darüber mit dem religiösen Führer Ajatollah Khomeini sowie dem damaligen, als «gemässigt» geltenden Präsidenten Mohammad Khatami und Aussenminister Kamal Kharrazi, seinem Onkel. Die drei Beteiligten hätten, nach Aussagen des iranischen Diplomaten, dem Papier «zu 85 bis 90 Prozent zugestimmt». Kharrazi bat den Schweizer, das Papier streng vertraulich an die US-Regierung weiterzuleiten, mit dem Ziel, möglichst schnell ein Geheimtreffen zwischen hochrangigen Vertretern beider Länder zu arrangieren. Die iranische Führungsspitze habe sich entschieden, «das Problem unserer Beziehungen zu den USA anzupacken». Das angestrebte erste Treffen sollte den Weg zu einem umfassenden Verhandlungsprozess frei machen.

Zu Zugeständnissen bereit

Aus dem «Roadmap»-Papier geht nicht mit letzter Sicherheit hervor, an welchen Punkten Iran tatsächlich schon definitiv zu Zugeständnissen bereit war und in welchen Fragen lediglich grundsätzlich Verhandlungsbedarf anerkannt wurde. Tatsächlich handelt es sich im ersten Teil der «Roadmap» nur um eine Auflistung der Streitfragen, die auf die Tagesordnung der Gespräche gesetzt werden sollten. Eindeutig geht aber aus dem Papier hervor, dass die Iraner zu wesentlichen Zugeständnissen bereit waren. Das betraf neben dem energischen Vorgehen gegen al-Kaida-Leute und der «aktiven iranischen Unterstützung für die Stabilisierung Iraks» auch den israelisch-palästinensischen Friedensprozess. Iran versprach ausserdem, bei «voller Transparenz durch internationale Verpflichtungen und Garantien» auf Produktion oder Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu verzichten.

Auf der anderen Seite erwartete die iranische Führung von den USA eine Aufgabe ihres Widerstands gegen einen Beitritt zur Welthandelsorganisation und Unterstützung für die Forderungen nach irakischen Kriegsreparationen. Auch ein amerikanisches Vorgehen gegen die «Volksmudschaheddin», eine vom Irak aus gegen Iran operierende Terrororganisation, gehörte zu den Forderungen.

Seitens der US-Regierung erfolgte auf den iranischen Vorstoss keine Reaktion. Die damalige Sicherheits-

beraterin Condoleezza Rice bestreitet, von Tim Guldimanns Papier Kenntnis gehabt zu haben. US-Präsident George W. Bush hat bisher jeden Kommentar vermieden.

Text des Memorandums

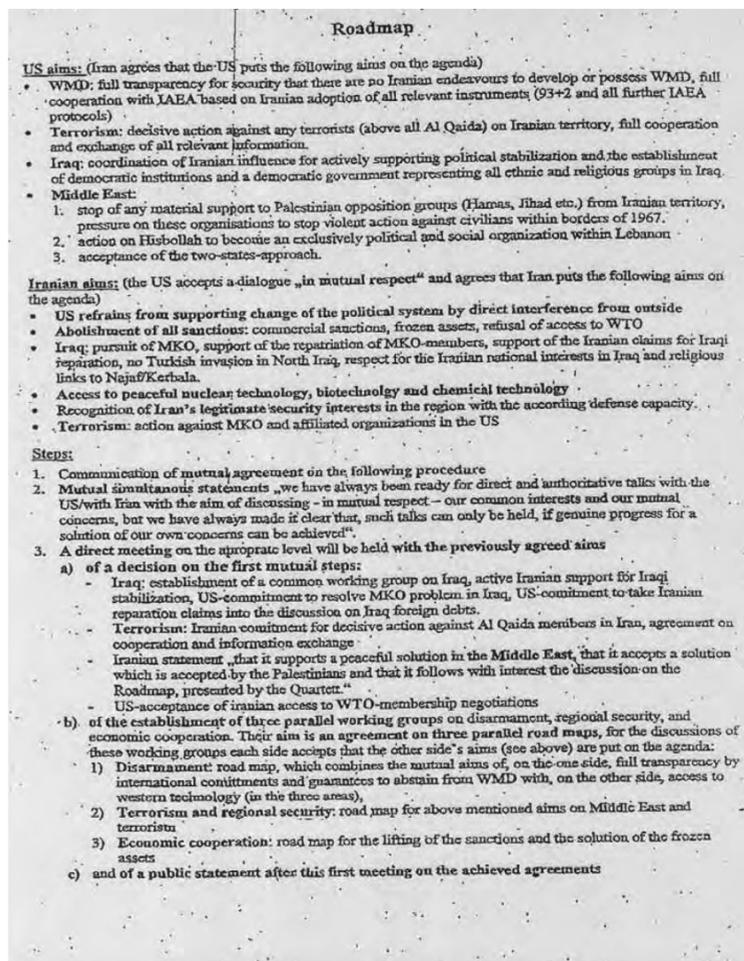
An das US-Aussenministerium gefaxtes Memorandum des Schweizer Botschafters in Teheran vom 4. Mai 2003:

1. Am 21. April hatte ich eine längere Diskussion mit Sadeq Kharrazi, der zu mir kam, um mich zu sprechen. (S. Kh. ist iranischer Botschafter in Paris, ehemaliger Stellvertretender Aussenminister und Neffe des Aussenministers; seine Schwester ist mit einem Sohn des religiösen Führers Khomeini verheiratet). Während dieser Diskussion wurde ein erster Entwurf der beiliegenden Roadmap entwickelt. Er

für die Eröffnung einer zweiseitigen Diskussion nach Washington weiterleiten, sofern er angenommen würde.

3. S. Kh. erzählte mir weiter, dass Khomeini einige Einwände zu mehreren Punkten geäussert habe. Der Präsident und der Aussenminister seien sehr positiv eingestellt gewesen; von ihrer Seite habe es keine Probleme gegeben. Dann sagte S. Kh.: «Sie (das bezog sich vor allem auf Khomeini) stimmen mit 85 bis 90 Prozent des Papiers überein. Aber über alles kann verhandelt werden.» (Mit «übereinstimmen» meinte er Zustimmung zu den Punkten selbst, die in der Roadmap als «Ziele der USA» bezeichnet werden, und nicht lediglich Zustimmung dazu, dass die USA diese Punkte auf die Tagesordnung setzen wollen). – «Es besteht ein klares Interesse, dass Problem unserer Beziehungen zu den USA anzupacken. Ich habe ihnen gesagt, dass dies eine goldene Gelegenheit ist und dass wir eines Tages eine Lösung finden müssen».

Dann fragte mich S. Kh., ob ich die beiliegende Roadmap streng vertrau-



Botschafter Guldimanns «Roadmap» im Original

sagte, er werde darüber mit Khomeini und dem Aussenminister diskutieren.

2. Am 2. Mai traf ich mich mit ihm erneut drei Stunden lang. Er sagte mir, er habe zwei lange Diskussionen mit Khomeini über die Roadmap gehabt. Bei diesen Treffen, die jeweils mindestens zwei Stunden dauerten, seien nur Präsident Khatami und Aussenminister Kharrazi anwesend gewesen. «Wir gingen jedes Wort dieses Papiers durch.» (Zusätzlich hatte er mehrere getrennte Treffen mit beiden). Die Frage wird unter höchster Geheimhaltung behandelt, daher wurde niemand sonst informiert. (S. Kh. war bei unserem letzten Kontakt ebenfalls sehr verschwiegen).

S. Kh. hat Khomeini das Papier als einen Vorschlag vorgestellt, über den er «mit einem Freund in Europa» diskutiert habe, «der enge Beziehungen zu höheren Ebenen des US-Aussenministeriums hat». Khomeini hat ihn ausdrücklich gefragt, ob dies ein amerikanischer Vorschlag ist. S. Kh. hat das verneint und gesagt, dieser Freund könne den Vorschlag als Grundlage

lich an eine sehr hohe Stelle im Aussenministerium weitergeben könnte, um die amerikanische Reaktion darauf zu erfahren. Er bat mich, einige kleinere Änderungen im Entwurf aus unseren vorangegangenen Treffen vorzunehmen. Beispielsweise formulierten wir die iranische Stellungnahme zum Nahen Osten neu, und er sagte er glaube, so werde es annehmbar sein – «der Friedensprozess ist eine Realität».

4. Dann sagte er: «Falls die Amerikaner einem geheimen zweiseitigen Treffen auf Grundlage dieser Roadmap zustimmen, könnte ein solches Treffen sehr bald stattfinden. Bei diesem Treffen könnten unsere noch bestehenden Vorbehalte diskutiert werden, und die USA könnten ihre Einwände zu diesem Papier vorbringen. Ich bin sicher, dass diese Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden können. Wenn wir uns auf eine Roadmap zur Klärung des Vorgehens einigen können, könnte man als einen nächsten Schritt schon beim ersten Treffen beschliessen, dass sich die

beiden Aussenminister treffen sollen, um den Prozess in Gang zu bringen», entlang der Linien der Roadmap, «um zu entscheiden, wie man vorgehen will, um alles von A bis Z zu lösen».

Auf meine Frage, ob Khomeini mit einem Treffen der beiden Aussenminister einverstanden sei, sagte S. Kh.: «Sehen Sie, wenn wir uns über das Vorgehen einigen können, dann glaube ich, dass es auch mit dem Treffen der Aussenminister in Paris oder Genf klappt; es wird sich bald eine Gelegenheit ergeben».

Auf die Frage, wer seiner Meinung nach an dem ersten geheimen Treffen teilnehmen sollte, erwähnte er *Armistage*, wobei er sich auf dessen positive Positionen zur iranischen Demokratie bezog. – Ich sagte ihm, dass ich das für unmöglich halte. Aber dann erwähnte er ein Treffen zum Thema Terrorismus, das dieser Tage zwischen Khalilzad und dem iranischen UN-Botschafter Zarif in Genf stattgefunden hat, und sagte, es könnte jemand von einer ähnlichen Ebene aus dem Aussenministerium sein und von ihrer Seite vielleicht er selbst oder Zarif oder beide.

Ich versuchte von ihm eine genaue Antwort zu erhalten, welchen Inhalten Khomeini zugestimmt habe. Er sagte, das mangelnde Vertrauen in die USA zwingt sie dazu, sehr sorgfältig und streng vertraulich vorzugehen. Nachdem ich dies Problem mit ihm diskutiert hatte, verstand ich, dass sie – auch aus innenpolitischen Gründen – sichergehen wollen, zu nichts verpflichtet zu sein, falls diese Initiative scheitert und irgendetwas über die damit verbundene neue iranische Flexibilität bekannt wird. Ich bekam jedoch den klaren Eindruck, dass beim Regime ein starker Wille vorhanden ist, jetzt das Problem mit den USA anzupacken und es mit dieser Initiative zu versuchen.

Roadmap

Ziele der USA: (Iran ist einverstanden, dass die USA folgende Ziele auf die Tagesordnung setzen)

- WMD (Massenvernichtungswaffen): Volle Transparenz für die Sicherheit, dass es keine iranischen Bestrebungen gibt, WMD zu entwickeln oder zu besitzen; volle Zusammenarbeit mit der IAEA auf Grundlage der iranischen Übernahme aller relevanten Instrumente (93 + 2 und alle weiteren IAEA-Protokolle).
- Terrorismus: Energisches Vorgehen gegen alle Terroristen (vor allem al-Kaida) auf irischem Gebiet; volle Zusammenarbeit und Austausch aller relevanten Informationen.
- Irak: Koordinierung des iranischen Einflusses zur aktiven Unterstützung der politischen Stabilisierung sowie zur Schaffung demokratischer Institutionen und einer demokratischen Regierung, die alle ethnischen und religiösen Gruppen im Irak repräsentiert.

Naher Osten:

1. Einstellung jeder materiellen Unterstützung für palästinensische Oppositionsgruppen (Hamas, Jihad usw.) vom iranischen Gebiet aus; Druck auf diese Organisationen, gewalttätige Aktionen gegen Zivilisten innerhalb der Grenzen von 1967 zu unterlassen.

2. Einflussnahme auf Hisbollah, eine ausschliesslich politische und soziale Organisation innerhalb des Libanon zu werden.

3. Akzeptieren des Zwei-Staaten-Ansatzes.

Iranische Ziele (Die USA akzeptieren einen Dialog «in gegenseitigem Respekt») und sind damit einverstanden, dass Iran die folgenden Ziele auf die Tagesordnung setzt)

- Die USA verzichten darauf, einen Wechsel des politischen Systems durch direkte Einmischung von aussen zu unterstützen.
- Aufhebung aller Sanktionen: Wirtschaftssanktionen, eingefrorene

Guthaben, Verweigerung des Beitritts zur WTO (Welthandelsorganisation)

- Irak: Verfolgung der MKO, Unterstützung für die Ausweisung der MKO-Mitglieder; Unterstützung für die iranischen Forderungen nach irakischer Kriegsentschädigung; keine türkische Invasion im Nordirak; Respektierung der nationalen iranischen Interessen im Irak und der religiösen Verbindungen mit Najaf/Kerbala.

- Zugang zu friedlicher Nukleartechnologie, Biotechnologie und chemischer Technologie.

- Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen Irans in der Region mit entsprechender Verteidigungskapazität.

- Terrorismus: Vorgehen gegen die MKO und mit ihr verbundene Organisationen in USA.

Schritte:

1. Feststellung gegenseitigen Einverständnisses über die folgende Verfahrensweise.

2. Austausch gleichzeitiger Stellungnahmen: «Wir sind immer zu direkten, autorisierten Gesprächen mit den USA/mit dem Iran bereit gewesen mit dem Ziel, in gegenseitigem Respekt unsere gemeinsamen Interessen und unsere wechselseitigen Anliegen zu diskutieren. Aber wir haben immer klar gemacht, dass solche Gespräche nur geführt werden können, wenn echte Fortschritte für eine Lösung unserer Anliegen erreicht werden können».

3. Es wird ein direktes Treffen auf geeigneter Ebene mit den zuvor vereinbarten Zielen stattfinden

a) Zur Erreichung eines Beschlusses über die ersten gegenseitigen Schritte:

- Irak: Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zum Irak; aktive iranische Unterstützung für die Stabilisierung Iraks; Verpflichtung der USA, das MKO-Problem im Irak zu lösen; Verpflichtung der USA, iranische Reparationsforderungen in die Diskussion über Iraks Auslandsschulden einzubringen.

- Terrorismus: Iranische Verpflichtung zum energischen Vorgehen gegen al-Kaida-Mitglieder im Iran; Abkommen über Zusammenarbeit und Informationsaustausch.

- Abgabe einer Erklärung Irans, «dass es eine friedliche Lösung im Nahen Osten unterstützt, dass es mit einer von den Palästinensern akzeptierten Lösung einverstanden ist und dass es mit Interesse die Diskussion über die vom Quartett vorgelegte Roadmap verfolgt».

- Die USA akzeptieren Irans Zugang zu Verhandlungen über eine WTO-Mitgliedschaft.

b) Zur Einrichtung dreier paralleler Arbeitsgruppen über Abrüstung, regionale Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ihr Ziel ist ein Abkommen über drei parallele Roadmaps. Für die Diskussionen dieser Arbeitsgruppen akzeptiert jede Seite, dass die Ziele der anderen Seite (siehe oben) auf die Tagesordnung gesetzt werden.

1. Abrüstung: Eine Roadmap, die die gegenseitigen Ziele miteinander verbindet - auf der einen Seite volle Transparenz durch internationale Verpflichtungen und Garantien, auf WMD zu verzichten, und auf der anderen Seite Zugang zu westlicher Technologie (auf den drei Gebieten)

2. Terrorismus und regionale Sicherheit: Eine Roadmap für die oben erwähnten Ziele betreffs Naher Osten und Terrorismus.

3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Eine Roadmap für die Aufhebung der Sanktionen und für die Lösung der eingefrorenen Guthaben.

c) Zur Abgabe einer öffentlichen Erklärung über die erreichten Vereinbarungen nach diesem ersten Treffen.

(Übersetzung: Knut Mellenthin)

Provokationen in Israel

Wahnsinn mit Methode

Vierzig Jahre Besatzung haben eine Besatzungsmentalität geschaffen, die jeden Wunsch und jede Fähigkeit im Keim erstickt, Probleme im gegenseitigen Einverständnis, im Dialog oder mittels Kompromissen zu lösen.

Bei aussen- wie innenpolitischen Beziehungen herrschen Mafiamethoden vor: Gewalt, plötzliche Militärschläge oder gezielte Eliminierungen.

Von Uri Avnery

Wenn ein Ministerpräsident gerade einen Krieg verloren hat, von Korruptionsaffären verfolgt wird und seine Popularitätsquote sich im freien Fall befindet – was kann er dann noch tun?

Nun, er kann Provokationen initiieren. Provokationen lenken ab, bringen Schlagzeilen, schaffen eine Illusion der Macht und täuschen ein Gefühl von Führungsqualitäten vor. Aber eine Provokation ist ein gefährliches Werkzeug. Es kann irreversiblen Schaden anrichten.

Provokation Nr. 1:

Entlang der nördlichen Grenze verläuft ein Zaun. Aber nicht überall stimmt er exakt mit der anerkannten Grenze, «Blaue Linie» genannt, überein. Aus topographischen Gründen verläuft er in einigen Abschnitten ein paar Dutzend Meter südlich von ihr.

Das ist die Theorie der Situation. Im Laufe der Jahre haben sich aber beide Seiten daran gewöhnt, diesen Zaun als tatsächliche Grenze zu betrachten. Auf der libanesischen Seite bearbeiten die Bauern ihre Felder bis zum Grenzzaun, Felder, die sehr wohl ihr Besitz sind.

Nun hat Olmert entschieden, diese Situation auszunützen, um sich selbst als grosser unbesiegbare Krieger zu beweisen. Ein paar nicht explodierte Sprengladungen, die vor kurzem ein paar Meter von der «Blauen Linie» entfernt gefunden wurden, dienten als Vorwand. Die israelische Armee behauptet, sie seien vor nur wenigen Tagen von als Ziegenhirten verkleideten Hisbollahkämpfern dorthin platziert worden. Nach Auskunft der Hisbollah handle es sich aber um alte Bomben, die lange vor dem letzten Krieg gelegt worden waren.

Olmert sandte Soldaten auf die andere Seite des Zauns, um einen «Hisuf» («Freimachung») auszuführen. (Es ist eines jener neuen hebräischen Worte, das die Wortwäsche der Armee zur Beschönigung hässlicher Dinge erfunden hat). Es bedeutet das massenweise Ausreissen von Bäumen für ein freies Schussfeld. Die Armee benützt das Markenzeichen des Staates Israel: den gepanzerten Bulldozer.

Die libanesischen Armee sandte eine Warnung, sie werde das Feuer eröffnen. Als dies keine Wirkung hatte, feuerten sie tatsächlich einige Salven über die Köpfe der israelischen Soldaten hinweg. Die israelische Armee antwortete mit dem Abschiessen einiger Panzergranaten auf die libanesischen Position – und so hatten wir unsern «Zwischenfall».

Die ganze Sache erinnert an Ariel Sharons Methoden in den 60ern, als er Operationschef des Kommandos Nord war. Sharon war ein Experte darin geworden, die syrische Armee in der demilitarisierten Zone, die es damals an der Grenze zwischen Israel und Syrien gab, zu provozieren. Israel beanspruchte die Herrschaft über diese Gebiete, während die Syrer behaupteten, es sei eine neutrale Zone, die keinem der beiden Staaten gehöre, sondern den arabischen Bauern, denen es dort auch erlaubt war, ihre Felder zu bestellen.

Der Legende nach hätten die Syrer ihre Kontrolle über die Höhen ausgenützt, von denen man die israelischen Dörfer im Tal gut überschauen konnte. Immer wieder terrorisierten die bösen Syrer (diese waren immer «böse») die hilflosen Kibbuzim mit Granaten. Dieser Mythos, der prak-

tisch von allen Israelis damals geglaubt wurde, diente als Rechtfertigung für die Eroberung der Golanhöhen und ihre Annexion durch Israel. Noch heute werden Besucher zu einem Beobachtungsposten auf den Golan gebracht und auf die wehrlosen Kibbuzim dort unten hingewiesen.

Die Wahrheit, die seitdem entlarvt wurde, sah etwas anders aus. Sharon gab den Kibbuz-Mitgliedern die Order, ihre Schutzräume aufzusuchen; dann sandte er gepanzerte Traktoren in die entmilitarisierte Zone. Wie vorhersehbar, schossen die Syrer auf sie. Die israelische Artillerie wartete nur auf ihr Stichwort und eröffnete ein massives Bombardement auf die syrischen Positionen. Es gab Dutzende solcher «Zwischenfälle».

Nun wurde dieselbe Methode von Sharons Nachfolger praktiziert. Soldaten und Bulldozer überqueren die Grenze, die Libanesen schiessen, und die israelischen Panzer feuern zurück.

Macht diese Provokation irgend einen Sinn? Die libanesischen Armee untersteht Fuad Siniora, dem Liebling der USA und dem Opponenten der Hisbollah. Nach dem zweiten Libanonkrieg wurde die libanesischen Armee auf ausdrücklichen Wunsch der israelischen Regierung an der Grenze entlang aufgestellt. Dies wurde von Olmert als grosse Errungenschaft proklamiert. (Bis dahin waren die israelischen Armeekommandeure gegen die Idee, in diesem Gebiet libanesischen oder internationale Truppen zu stationieren, weil diese ihre Aktionsfreiheit behindern würden.)

Warum also diese Provokation? Aus demselben Grund wie bei allen Aktionen Olmerts in der letzten Zeit: Popularität gewinnen – in diesem Fall durch Schaffung von Spannungen – um an der Macht bleiben zu können.

Provokation Nr. 2:

Der Islam hat 3 heilige Städte: Mekka, Medina und Jerusalem. In Mekka versammelten sich kürzlich die Führer von Fatah und Hamas, um dem gegenseitigen Töten ein Ende zu bereiten und eine Einheitsregierung zu bilden. Während sich die Aufmerksamkeit der besorgten palästinensischen Öffentlichkeit sich dorthin richtete, schlug Olmert in Jerusalem zu.

Als Vorwand diente das «Mugrabi-Tor», einer der Zugänge zum Haram al-Sharif («edles Heiligtum»), dem weiten Platz, auf dem die Al-Aksa-Moschee und der Felsendom stehen. Da dieses Tor höher liegt als die Klagemauer, kann man sich ihm nur über eine Brücke oder eine Rampe nähern.

Eine alte Brücke brach vor einiger Zeit zusammen und wurde durch eine provisorische Brücke ersetzt. Nun zerstört die «Israelische Altertumsbehörde» die Ersatzbrücke und errichtet – wie sie sagt – an ihrer Stelle eine permanente. Aber irgendwie sehen die vorgenommenen Arbeiten nach mehr aus.

Wie erwartet werden konnte, brachen sofort Unruhen aus. 1967 annektierte Israel offiziell dieses Gebiet und beanspruchte die Herrschaft über den ganzen Tempelbezirk. Die Araber (und die ganze Welt) haben diese Annexion nie anerkannt. In der Praxis wird der Tempelberg von der islamischen Waqf (einer religiösen Stiftung) verwaltet.

Die israelische Regierung behauptet, die Brücke liege ausserhalb des Tempelbergs. Die Muslime aber bestehen darauf, sie sei ein Teil davon. Hinter dieser Kontroverse steht der

arabische Verdacht, der Bau der neuen Brücke könne ein Deckmantel für etwas sein, das sich unter der Oberfläche des Tempelbergs abspielt.

Bei der Camp-David-Konferenz (2000) machte die israelische Seite einen verrückt aussehenden Vorschlag: Das Tempelberg-Areal selbst den Muslimen zu überlassen, den Israelis aber die Herrschaft über alles das zu geben, was unterhalb der Oberfläche liegt. Das bestärkte die muslimische Überzeugung, dass die Israelis beabsichtigen, unter der Oberfläche zu graben, um Spuren des jüdischen Tempels zu entdecken, der von den Römern vor 1936 Jahren zerstört wurde. Einige sind davon überzeugt, die wirkliche Absicht sei, die heiligen muslimischen Stätten zum Einsturz zu bringen, damit stattdessen ein neuer jüdischer Tempel gebaut werden könne.

Diese Verdächtigungen werden von der Tatsache genährt, dass die meisten israelischen Archäologen seit jeher die treuen Fusssoldaten der offiziellen Propaganda gewesen sind. Seit dem Auftauchen des modernen Zionismus sind sie verzweifelt darum bemüht, archäologische Beweise für die historische Wahrheit der Geschichten des Alten Testaments zu finden. Bis heute sind sie leer ausgegangen. Es gibt keinen archäologischen Beleg für den Exodus aus Ägypten, die Eroberung Kanaans und der Königreiche von Saul, David und Salomo. Aber in ihrem Eifer, das Unbeweisbare zu beweisen, (denn nach der grossen Mehrheit der Archäologen und Historiker ausserhalb Israels – und auch einiger in Israel – sind die Geschichten des Alten Testaments nichts als heilige Mythen), haben Archäologen viele Schichten anderer Perioden zerstört.

Aber das ist noch nicht einmal die wichtigste Seite der augenblicklichen Angelegenheit. Man kann bis ans Ende der Tage darüber diskutieren, wer die Verantwortung für den Mugrabi-Übergang hat oder was es sein kann, wonach die Archäologen eigentlich suchen. Aber es ist unmöglich, daran zu zweifeln, dass dies eine Provokation ist: sie wurde wie eine Überraschungs-Militäroperation ausgeführt – ohne Rücksprache mit der andern Seite.

Keiner wusste besser, was zu erwarten ist, als Olmert, der als Bürgermeister von Jerusalem für den Tod von 85 Menschen (69 Palästinensern und 16 Israelis) bei einer ähnlichen Provokation verantwortlich war, als der Tunnel nahe am Tempelberg «eröffnet» wurde. Und jeder erinnert sich natürlich, dass die zweite Intifada mit einem provokativen «Besuch» Sharons auf dem Tempelberg begann.

Dies ist eine Provokation gegenüber 1,3 Milliarden Muslimen und besonders gegenüber der arabischen Welt. Sie ist wie ein Messer im Rücken des «moderaten» Mahmoud Abbas, mit dem Olmert angeblich bereit ist, einen «Dialog» zu führen. Und dies genau in dem Augenblick, wo Abbas mit Hamas ein historisches Abkommen über die Bildung einer nationalen Regierung erreicht hat. Dies ist auch ein Messer im Rücken des Königs von Jordanien, also einem Verbündeten Israels, der sich selbst als traditioneller Schirmherr des Tempelbergs betrachtet.

Warum also? Um zu beweisen, dass Olmert ein starker Führer ist, der Held des Tempelbergs, der Verteidiger der traditionellen nationalen Werte, dem die Meinung der Weltöffentlichkeit völlig gleichgültig ist.

Provokation Nr. 3:

Nachdem Chaim Ramon wegen unzüchtigen Verhaltens schuldig befunden worden war, war der Posten des

Justizministers unbesetzt. Mit einem Überraschungscoup ernannte Olmert – nachdem er zuvor als Täuschung etliche Namen als Titelaspiranten genannt hatte – für diesen Posten einen Professor, der der offenkundige und laut vernehmbare Gegner des Obersten Gerichtshofes und des Staatsanwaltes ist.

Der Oberste Gerichtshof ist fast die einzige Regierungsinstitution in Israel, die sich noch des Vertrauens der grossen Bevölkerungsmehrheit erfreut. Der letzte Präsident des Gerichtshofes Aharon Barak sagte mir einmal: «Wir haben keine Divisionen. Unsere Macht basiert allein auf dem Vertrauen, das wir in der Öffentlichkeit geniessen.» Nun hat Olmert einen Justizminister ernannt, der schon seit langem und mit viel Lärm damit beschäftigt ist, dieses Vertrauen zu zerstören. Tatsächlich scheint genau darin seine Lebensaufgabe zu bestehen, seitdem es ihm misslang, eine nahe Freundin und Professorin in den Obersten Gerichtshof zu befördern.

Man kann darin den Versuch eines Politikers sehen, der eine lange Schleppe von Korruptionsaffären hinter sich herzieht (von denen einige jetzt von der Polizei und dem staatlichen Rechnungsprüfer untersucht werden), die Bemühungen der Ermittler, des Staatsanwaltes und der Gerichtshöfe zu untergraben. Gleichzeitig dient dieser Zug als Racheakt gegenüber dem Gerichtshof, der es gewagt hat Ramon, Olmerts Freund und Verbündeten für schuldig zu erklären. Natürlich hat er sich mit niemandem aus dem juristischen System beraten, weder mit dem Generalstaatsanwalt (dessen offizieller Titel «Rechtsberater der Regierung» ist) noch mit

der Präsidentin des Obersten Gerichtshofes Dorit Beinisch, die er nicht ausstehen kann.

Ich bin kein uneingeschränkter Bewunderer des Obersten Gerichtshofes. Dieser ist ein Rad in der Maschinerie der Besatzung. Man kann von ihm keine Hilfe erwarten, wenn es um die gezielten Tötungen, die Zerstörung palästinensischer Häuser, die Trennungsmauer und die hunderte anderen Fälle geht, über denen das Banner der angeblichen «Sicherheit» weht. Aber er ist die letzte Festung, wenn es sich um Menschenrechte innerhalb des eigentlichen Israels handelt.

Die Ernennung des neuen Ministers ist ein Angriff auf die israelische Demokratie, und darum ist diese Ernennung nicht weniger gefährlich als die beiden anderen Provokationen.

Was verbindet alle drei Provokationen mit einander? Einmal tragen sie alle eine unilaterale Handschrift. Vierzig Jahre Besatzung haben eine Besatzungsmentalität geschaffen, die jeden Wunsch und jede Fähigkeit im Keim erstickt, Probleme im gegenseitigen Einverständnis, im Dialog oder mittels Kompromissen zu lösen.

Bei aussen- wie innenpolitischen Beziehungen herrschen Mafiamethoden vor: Gewalt, plötzliche Militärschläge oder gezielte Eliminierungen.

Wenn diese Methoden von einem von Korruptionsaffären verfolgten und hemmungslos kriegstreibenden Politiker angewandt werden, der mit allen erreichbaren Mitteln für sein politisches Überleben kämpft – dann ist dies eine sehr gefährliche Situation.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert)

Reisen in Palästina

Tägliche Schikane

Jenny Bolliger (26) arbeitete von Dezember 06 – März 07 im Auftrag von Peace Watch Switzerland (PWS) als Menschenrechtsbeobachterin in Israel/Palästina, um am Projekt EAPPI (Ecumenical Accompaniment Program in Palestine and Israel) teilzunehmen. EAPPI ist ein Programm des ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und unterstützt palästinensische sowie israelische Friedensbemühungen. Dieser Text reflektiert ihre eigene Meinung und stimmt nicht zwingend mit denen des EAPPI oder von PWS überein. Für Fragen ist sie unter jennybolliger@yahoo.com erreichbar.

Von Jenny Bolliger

Endlich habe ich einige Freitage und mache einen Besuch in Jayyous. Als Ausländerin stehen mir dazu mehrere Möglichkeiten offen:

Schnellste Variante: Ich reise auf sogenannten By-Pass Strassen, welche nur von Israelis benutzt werden dürfen. Dieses System umfasst heute eine Strecke von 400km und erleichtert den 500 000 Siedlern in der Westbank den direkten Zugang zu Israel. Kontakte zu den Palästinensischen Nachbarn gibt es somit keine mehr und Israel kann die enormen Sicherheitsausgaben zum Schutz der Siedler reduzieren. Die Fahrzeuge erkennt man an den Nummernschildern: Israelische Staatsbürger haben gelbe und Besitzer mit palästinensischen Identitätskarten grüne.

Billigste Variante: Mit den öffentlichen palästinensischen Transportmitteln. Aber: Weg und Reisezeit ändern von Tag zu Tag. Um von Yanoun nach Jayyous zu kommen, muss ich mindestens 3 der 74 existierenden Checkpoints durchqueren, und wie lange dies dauert hängt von den diensthabenden Soldaten ab. An manchen Checkpoints bin ich gezwungen, das Fahrzeug zu wechseln, da nicht alle Busse weiterfahren dürfen. Zusätzlich kann es sein, dass wir an sogenannten Flying Checkpoints vorbei müssen (spontan errichtete Kontrollpunkte). Die über 300 Strassenblockaden in Form von Erdhügeln und Betonklötzen lassen den Verkehr in der Westbank Umwege machen und je nach

Kreativität des Fahrers und Zustand seines Vehikels, fährt man über Stock und Stein.

Teuerste Variante: Wenn mir dies alles zu umständlich oder politisch nicht vertretbar scheint, kann ich für viel Geld mit einem palästinensischen Taxi reisen (einige dieser Taxis haben die Erlaubnis, gewisse israelische By-Pass Strassen zu benutzen).

Palästinenserinnen und Palästinenser haben diese Wahl nicht. Ihre Wege werden zusätzlich zu den aufgezählten Einschränkungen von einer tief in die Westbank dringenden Mauer behindert. Die unilaterale Grenzziehung Israels verläuft nur zu 20% auf der grünen Linie von 1967 und schneidet mindestens 50 Dörfer von ihren Ländereien ab während andere komplett umzingelt werden; in diesen Fällen ist die Ein- und Ausreise nur über eine von israelischen Soldaten kontrollierte Strasse möglich.

Heute werde ich von einer palästinensischen Familie aus Jerusalem ein Stück mitgenommen. Ab Mitte Januar verbietet es ein neues Gesetz, dass in Fahrzeugen mit gelbem Nummernschild ausser der eigenen Familie Palästinenserinnen oder Palästinenser mitfahren. Dank grossem Protest beider Seiten wird in der Knesset jedoch nochmals darüber verhandelt.

Trotzdem, vorallem palästinensische Familien und Frauen reisen heute innerhalb der Westbank nicht mehr weit, denn es ist zu kompliziert und zu unsicher. Und die, die unterwegs sind, bewundere ich für Geduld und Mut, sich den Hindernissen zu stellen.

Buchbesprechung

Ist Pazifismus überholt?

«Wenn die Gefahr von Staatenkriegen abnimmt, in Europa kaum mehr besteht, welchen Sinn hat dann dort der Ruf DIE WAFFEN NIEDER? Und wenn dieser Ruf da keinerlei Echo finden kann, wo die Gewalt zunimmt, was bleibt dann?» Dies ist eine der zahllosen Fragen – hier von Erhard Eppler – die im Buch «Pazifismus – Ideengeschichte, Theorie und Praxis» von Barbara Bleisch und Jean-Daniel Strub (Hrsg.), Haupt Verlag, Bern 2006, gestellt werden und die zeigen, dass das Thema in hoch aktuellem Kontext abgehandelt wird.

Von Antoinette Mächtlinger

Barbara Bleisch und Jean-Daniel Strub, beide am Ethik-Zentrum der Universität Zürich tätig, stellen fest, dass die Idee des Pazifismus, die spätestens seit dem Ersten Weltkrieg eine grosse Rolle in Philosophie und Politik gespielt hat, heute kaum noch diskutiert wird. Der Pazifismus werde zunehmend aufgegeben «zwischen dem als Bedrohung wahrgenommenen internationalen Terrorismus einerseits und der Forderung, die Weltgemeinschaft müsse gegen Genozid und ethnische Säuberung aktiver und wenn nötig mit Gewalt vorgehen andererseits.»

Die Herausgeber haben 16 bekannte Autorinnen und Autoren eingeladen, «den Pazifismus in der Auseinandersetzung mit den aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen eingehend unter die Lupe (zu) nehmen.» Es gehe dabei nicht um die Frage «Pazifistisch – ja oder nein?», vielmehr darum, «unterschiedliche Sichtweisen auf Begriff und Phänomen des Friedens zu untersuchen und eventuell zu beurteilen.»

Die 16 Beiträge (6 davon in englischer Sprache) ergeben einen breiten Fächer unterschiedlichster Ansätze, von einer Untersuchung des Friedensgedankens bei Hobbes und Kant über die Darstellung philosophisch-ethischer Positionen bis zur Auseinandersetzung mit praktischen Erfahrungen in der Friedenspolitik.

Es fällt schwer, eine Auswahl zu treffen, sind doch schon die Überlegungen Hobbes' und Kants von bestürzender Aktualität, und möchte man doch bei der Lektüre eines Robert L. Holmes oder eines Winfried Nachtwei gleich in eine heftige Diskussion einsteigen.

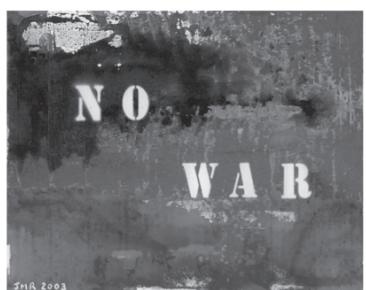
Ich werde mich darauf beschränken, exemplarisch je zwei unterschiedliche Positionen aus Deutschland und der Schweiz einander gegenüberzustellen. Dabei beziehe ich mich hauptsächlich auf den dritten Teil des Buchs, der mit «Praxis» übertitelt ist.

Erhard Eppler:

«Ziel des Pazifismus muss die Überwindung der Gewalt, nicht nur des Krieges sein.»

Fangen wir gleich mit dem eingangs zitierten Erhard Eppler an, einem SPD-Mann, in den 1960er und 70er Jahren Bundestagsmitglied, Minister, Präsident des Evangelischen Kirchentages, mit vielen Publikationen zu unserem Thema (zuletzt 2005).

«Im Irak ist deutlich geworden – und das ist die wirkliche Verbindungslinie zum 11. September 2001 –, dass die entscheidende Gefahr des 21. Jahrhunderts nicht der Krieg zwischen Staaten, sondern die Ausbreitung unterschiedlicher Formen entstaatlichter, privatisierter und kommerzialisierter Gewalt sein wird.»



Eppler erwähnt zwar, dass die US-Armee «den irakischen Staat zerstört» habe, er geht aber nicht näher darauf ein, sondern vertritt die These, dass Krieg zwischen Staaten immer seltener werde, da er sich auch für den Sieger nicht mehr lohne, «in einer Welt der globalisierten Märkte und der globalisierten Medien wird er einfach zu teuer: finanziell, politisch und moralisch.» Folglich müsse Friedenspolitik sich auf entstaatlichte Gewalt konzentrieren, auf eine «ganz und gar gesetzlose, kriminelle (violence) und eine ebenfalls privatisierte Gegengewalt, die sich nur allzu oft den Methoden derer anpasst, die sie bekämpfen soll.»

Der Kampf gegen diese um sich greifende Gewalt müsse einem internationalen Gewaltmonopol unterstellt werden. Die UNO, die als solches konstruiert worden sei, habe sich von ihrer Struktur her als unfähig erwiesen. Dieser Gedanke wird nicht weiter verfolgt. Unter welchem Kommando heutige «Friedenstruppen» agieren sollen, wird nicht ausgeführt.

Unbestritten ist für Eppler aber folgende These: Schon heute müssen die Pazifisten, die einen Friedensdienst ohne Waffen propagieren, sich darauf einstellen, dass bewaffnete Truppen das Terrain für sie vorbereiten müssen. «Beide können, was der andere nicht kann. Die Pazifisten können das Morden nicht verhindern, die Soldaten keinen Frieden schaffen. Aber beide zusammen?» So könnte der Friede «im 21. Jahrhundert erreichbar werden, ohne dass die Menschen Pazifisten werden. Der Gegensatz zum Frieden ist im 21. Jahrhundert nicht mehr der Krieg, sondern die Gewalt.»

Sibylle Tönnies:

«Mit der Verbreitung der Irrlehre von der Humanitären Intervention wurde das moderne Völkerrecht in seinem Kern getroffen, dem Gewaltverbot.»

Wo für Erhard Eppler die Antworten klar sind, fragt Sibylle Tönnies weiter. Die Juristin und Publizistin, zur Zeit an der Universität Potsdam, beteiligt sich seit langem heftig an der Debatte, z. B. mit der Streitschrift «Pazifismus passé? Eine Polemik» (1997).

In ihrem Beitrag zum vorliegenden Buch setzt Tönnies sich theoretisch mit Habermas auseinander, zielt damit aber auf die «deutsche Öffentlichkeit». Sie nimmt zur Kenntnis, dass diese heute mehrheitlich den Irak-Krieg ablehne, macht ihr aber zum Vorwurf, sie habe Ende der 1990er Jahre dringend den NATO-Angriff auf Serbien gefordert, auch ohne Beschluss des UNO-Sicherheitsrates, und damit die Büchse der Pandora geöffnet.

Tönnies besteht darauf, dass die UNO-Charta über allem Recht stehe und folglich der UNO-Sicherheitsrat – trotz all seinen Unzulänglichkeiten – das einzige Gremium sei, das über Krieg und Frieden entscheiden dürfe. Damit verteidigt die Autorin auch das Veto-Recht des UNO-Sicherheitsrates: «Die Möglichkeit des Vetos dient der Weltkriegsverhütung: Mit dem Erfordernis der Einstimmigkeit soll die Konfrontation nuklear bewaffneter Mächte unter allen Umständen verhindert werden.» Deshalb gestatte die Charta die militärische Grenzverletzung nur für den seltenen Fall, dass alle fünf Mächte einen einstimmigen Beschluss gefasst haben. «Niemand,

der sich in die Materie eingedacht hat, zweifelt ernsthaft an der Richtigkeit und Notwendigkeit des Vetos – auch nicht das deutsche Auswärtige Amt.»

In der Zeit vor dem NATO-Angriff auf Serbien wurde von amerikanischen Völkerrechtlern die Lehre propagiert, dass man einen souveränen Staat angreifen dürfe, wenn es dafür moralische Gründe gebe. Wer sich damals gegen die Vorbereitung des Krieges wandte, musste sich vorwerfen lassen, «stumpf gegen Genozide zu sein und geistig an der Verursachung von Auschwitz Anteil zu nehmen.»

Tönnies bedauert, dass die UN-Charta damals «beinahe von der gesamten Zunft der deutschen Völkerrechtler und Friedensforscher (...) im Stich gelassen» worden sei. Und die Öffentlichkeit habe sich einreden lassen, dass das Veto-Recht, das damals einen UNO-Beschluss verhinderte, nur ein unnötiges Hindernis sei und abgeschafft gehöre.

Der Autorin ist die Unvereinbarkeit von Veto-Recht und Menschenrechten bewusst, und sie setzt sich ausführlich damit auseinander: «Diese Ordnung ist insofern grausam, als sie sich gegenüber den Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Grenzen souveräner Staaten blind stellt. Sie hat, wie wir zu zeigen versuchten, ihren guten Sinn, widerspricht aber eklatant dem universalen Menschenrechtsverständnis der modernen Welt.. Diese Ordnung ist bereit, die Menschenrechte dem Weltfrieden aufzuopfern. Angesichts der atomaren Bedrohung des Lebens ist die Charta richtig; sie ist das Ergebnis der Abwägung, Tausende schutzlos zu lassen, damit die Menschheit überlebt.»

In ihrer Abwägung spricht Tönnies sich klar gegen die «Humanitäre Intervention» aus, die unabsehbare Gefahr in sich birgt: «Moralisch war der Kosovo-Krieg zwar besser gerechtfertigt als der Irak-Krieg. Er stellte aber den Sündenfall dar. Er wirkte gegenüber dem Recht der Charta als Dammbruch, durch den die Willkür einströmte.» Und sie zieht eine Parallele zu Irak: «Die Dreistigkeit, mit der die Amerikaner das Völkerrecht brachen, als sie im Jahre 2003 den Irak bombardierten, wäre undenkbar ohne die grosse Zustimmung, die das humanitär motivierte Vorspiel im Kosovo gefunden hat.»

Barbara Haering:

«Die zunehmende Ausrichtung friedenspolitischer Argumente auf schrittweise Abrüstung im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit war geprägt durch die grausamen Erfahrungen des Balkankriegs der 1990er-Jahre.»

Das Buch enthält leider nur zwei Schweizer Beiträge, jedoch sehr interessante und kontroverse. Barbara Haering, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, fasst «die wichtigsten Entwicklungslinien der friedens-, sicherheits- und militärpolitischen Argumentationen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz der letzten 20 Jahre» zusammen und schliesst mit einer «persönlichen Synthese» und einem Ausblick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre. Sie rollt ein Stück Schweizer Geschichte auf, indem sie die friedenspolitischen Vorstösse von der GSoA-Initiative 1989 bis zur zweiten Umverteilungsinitiative 2000 kritisch beleuchtet. Dieses Kapitel überschreibt sie bezeichnender Weise: «Von der begeisterten Vision zur komplexen Realpolitik». Der letzte Satz lautet denn auch: «Damit fand ein langes Kapitel in der Geschichte der Schweizer Friedensbewegung, das mit dem Bührl-



Bleisch/Strub, Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Haupt-Verlag Bern 2006, ISBN 978-3-258-06947, 346 Seiten, Fr. 38.–

Skandal von 1968 begonnen hatte, sein Ende.»

Das «Ende» der schweizerischen Friedensbewegung führt Haering auf die Balkan-Kriege zurück: «Die Tatsache, dass 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust in Europa wieder Konzentrations- und Vergewaltigungslager möglich geworden waren, führte viele Friedensbewegte zum Positionswechsel von «Nie wieder Krieg» zu «Nie wieder Auschwitz.» (Die Rezensentin erinnert sich an das Podiumsgespräch vom 17.11.1999 an der Uni Zürich, wo Haering den NATO-Angriff auf Serbien ebenfalls vehement verteidigt hat).

Einen Hinweis auf den Irak-Krieg sucht man in Haerings Text vergeblich. Vielmehr geht es in der Folge um eine eher theoretische «Kollektive Sicherheit als neue Perspektive». Der Grundgedanke sei in einem Zitat zusammengefasst: «Nur der Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit unter Führung der Staatengemeinschaft eröffnet die Perspektive auf mehr Frieden für mehr Menschen auf dieser Welt. Auch die Schweiz muss sich daran beteiligen.»

Josef Lang:

«(...) die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges bis zum heutigen Irak-Krieg, in der es in der Auseinandersetzung um 'Rüstung/Militarismus/Gewalt' scheinbar um das Humanitäre, tatsächlich um die Relegitimierung von Armeen und um globale Macht, vorrangig um die Kontrolle der Rohstoffquellen ging und geht.»

Das ist Josef Lang, wie wir ihn kennen. Als Nationalrat der Grünen und als Wortführer der GSoA. Auch er geht der Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz nach. In der Einleitung, ausgehend vom «Handbuch Frieden Schweiz» von 1986, nimmt er sich die immer wiederkehrende Behauptung vor, die Friedensbewegung befinde sich in der Krise. Lang zeichnet das Auf und Ab nach: von den Grossdemonstrationen 1982/83 über einen Einbruch zum neuen Aufschwung durch die GSoA-Initiative 1989, dann über den Rückschlag der 1990er Jahre bis zur heutigen Protestbewegung gegen den Irak-Krieg.

Sein Fazit: «Der Pazifismus befindet sich dann in einer Krise, wenn wichtige Strömungen sowie Protagonistinnen und Protagonisten Kriege, erst recht völkerrechtswidrige, rechtfertigen oder gar unterstützen und/oder dem Anspruch der Militärs, der Förderung des Friedens zu dienen, beipflichten. In diesem Sinne hat der Pazifismus seine wohl schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg eben erst hinter sich.»

Das nächste Kapitel trägt den Titel: «Vor 1989: Braucht die Schweiz eine Armee?». Es enthält die Geschichte

der Militärdienstverweigerung von den frühen 1970er Jahren bis zur GSoA-Initiative. Lang kann hier aus dem Vollen schöpfen, war er doch von Anfang an dabei.

«Nach 1989: Braucht die Welt eine Schweizer Armee?» So lautet der Titel des letzten und grundsätzlichen Kapitels. Der Hauptgedanke: Nicht nur die Schweizer Armee, sondern alle westlichen Armeen sowie die Rüstungsindustrie stürzten 1991 in die Krise. Grund dafür war die Auflösung des Warschauer Pakts. UNO und OSZE hingegen genossen ein hohes Ansehen. Die US-Regierung und deren Ideologen scheuten keine Mühe, UNO und OSZE zu marginalisieren und die NATO zu stärken. Das war ein Hauptziel ihres Eingreifens in Bosnien und Kosovo. Nachzulesen in Robert Kagans berühmtem Buch «Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung.»

1992 forderte UNO-Generalsekretär Boutros-Gali ausreichende militärische Kapazitäten für UNO-Operationen unter Führung des Sicherheitsrats. Der NATO-Militärausschuss reagierte darauf mit dem Geheimdokument MC 327, das UNO-Operationen, die nicht den Interessen der NATO dienen, ausschliessen sollte. Eine weitere Reaktion war die NATO-Osterweiterung. Lang: «Am Schluss standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg, die Verwandlung der NATO in ein globales Offensivbündnis und die Marginalisierung der UNO.»

Welche Haltung der Autor in Sachen Beitritt der Schweiz zur NATO-Partnerschaft für Frieden einnimmt, muss nach diesen Ausführungen nicht mehr erläutert werden. Heikler ist die Diskussion um den Beitritt zu den UNO-Blauhelmen. Diese Auseinandersetzung innerhalb der Friedensbewegung sowie der Schweizer Linken ist ausführlich dargestellt und regt zum Weiterdenken an!

Das folgende Zitat unterstreicht Josef Langs Hauptanliegen: «Umso grösser ist die Herausforderung für die pazifistischen Kräfte, die UNO, die einzige universelle Organisation auf diesem Planeten, gegen all die neoimperialistischen Alleingänge und neokolonialistischen Sonderbünde, sei das nun die NATO, die US-Armee oder eine EU-Armee, zu stärken. Dies bedeutet die Ablehnung jeglichen Militäreinsatzes, der nicht im strikten Rahmen der UNO durchgeführt wird.»

In Kürze

Eugen Pfister zum 85. Geburtstag

Wir gratulieren Eugen Pfister ganz herzlich zum Geburtstag und wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und noch viele präsidiale Jahre.

Eugen Pfister gehört seit über 20 Jahren zu den tragenden Säulen der Genossenschaft Riehentor und hat als erfahrener und versierter Allroundhandwerker unzählige Stunden für die Erhaltung und Renovierung unserer Liegenschaften eingesetzt. Seit 1995 ist Eugen Pfister Präsident der Genossenschaft. Diese wurde 1982 mit dem Ziel gegründet, der Schweizerischen Friedensbewegung kostenlos Büroräume zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel ist seit 20 Jahren erreicht. An diesem Erfolg ist unser Jubilar massgeblich beteiligt.

Im Namen der Verwaltung der Genossenschaft Riehentor und auch im Namen der Schweizerischen Friedensbewegung sei ihm dafür herzlich gedankt.

Christoph Jäggi, Kassier SFB

Auch 2006: Waffenexport an Krieg führende Staaten

Export-Verbot überfällig

Am 27. Juni 2006 begann das «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte» mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterial-Exporte». Bis Ende Januar dieses Jahres konnten 66'000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Heinrich Frei erläutert an Beispielen, warum das Verbot überfällig ist (und warum Sie, liebe Leserin, lieber Leser, den untenstehenden Bogen unterschreiben und einschicken sollten...).

Von Heinrich Frei

Einmal mehr wurde im letzten Jahr das Kriegsmaterialgesetz krass verletzt. Der grösste Teil der Rüstungsausfuhren gingen 2006 an Staaten die Krieg führten, an Regimes die Menschenrechte mit den Füßen traten, in Spannungsgebiete und in Länder in denen Menschen im Elend lebten, hungerten und verhungerten. 2006 hat die Schweiz für 397,6 Millionen Franken Kriegsmaterial in 62 Länder exportiert. 2005 waren es noch Exporte für 258,7 Millionen Franken, was eine Zunahme gegenüber 2006 von 54 Prozent ausmacht. Laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft, dem SECO, beträgt die effektive Zunahme jedoch gegenüber dem Vorjahr nur 34 Prozent, wenn die so genannten Lohnveredelungskosten und Retourwaren berücksichtigt werden.

Couchepin's Heiliger Stuhl der Menschenrechte...

Für das Ausland ist es schlicht unverständlich, dass die neutrale Schweiz Rüstungsgüter exportiert, sogar an Staaten die Krieg führen und Gefangene foltern lassen wie die USA und Grossbritannien. In Genf ist der Sitz

des IKRK und unser Land ist Depositärstaat der Genfer Konventionen und hätte damit eine besondere Verantwortung für das humanitäre Menschenrecht. Auch Artikel 22 des Kriegsmaterialgesetzes sagt zur «Herstellung, Vermittlung, Ausfuhr und Durchfuhr»: «Die Herstellung, die Vermittlung, die Ausfuhr und die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Empfänger im Ausland werden bewilligt, wenn dies dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik nicht widerspricht.» Die Schweiz sei jedoch nicht der Heilige Stuhl der Menschenrechte, liess Bundesrat Pascal Couchpin im Zusammenhang mit den Gefangenentransporten und den Geheimgefängnissen des US Geheimdienstes CIA verlauten...

An welche Länder nun werden beispielsweise Rüstungsgüter geliefert?

Dänemark

Dänemark beteiligt sich am Krieg im Irak und dänische Soldaten kämpfen auch in Afghanistan. Dänemark war auch dabei, als 1999 die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritan-

nien, Frankreich, Norwegen, Italien, Niederlande, Belgien, Kanada, Portugal, Spanien und Deutschland völkerrechtswidrig einen Krieg gegen Jugoslawien, ohne Mandat des UNO Sicherheitsrates, begannen. Unter dem menschenverachtenden Motto «We bomb them back to the Stone-age» («Wir bomben sie in die Steinzeit zurück») hat damals der Nato-Krieg gegen Jugoslawien das Land, seine Infrastruktur und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung in einem Masse und mit einer Brutalität zerstört, die man für Europa nicht mehr für möglich gehalten hätte.

Deutschland

Deutschland gehörte im Irakkrieg nicht zu der so genannten «Koalition der Willigen», die zusammen mit den US-Streitkräften den Irak angriffen. Doch die deutsche Bundesregierung gewährte der US-Luftwaffe für den Krieg gegen den Irak Überflugrechte und die Erlaubnis der Nutzung der US-Basen für Kampfflugzeuge. Die BRD übernahm auch die Bewachung der US-amerikanischen Stützpunkte in der Bundesrepublik durch einige tausend Bundeswehrsoldaten. Ein grosser Teil des Nachschubs für den Irakkrieg lief über die Bundesrepublik. In Afghanistan ist der Einsatz von deutschen Tornado Kampfflugzeugen geplant. Die Bundesrepublik beteiligte sich 1999 auch massgeblich mit der Nato an der Bombardierung Jugoslawiens.

USA

Irak: Die Vereinigten Staaten von Amerika dirigieren im Irak wie in Afghanistan den «Krieg gegen den Terror». Seit «Ende» des Krieges wurden im Irak zwischen 30-100'000 Menschen getötet, vor allem Zivilisten, Frauen, Männer und Kinder. Im gesamten letzten Irakkrieg sollen 200 – 500'000 Menschen umgekommen sein. Zusätzlich sterben dort täglich heute noch Menschen durch nicht explodierte Bomblets von Clusterbomben und durch Minen. Die von den Alliierten eingesetzten Bomben und Geschosse, die angereichertes Uran enthielten, vergiften weiter die Nahrung und die Umwelt.

In *Afghanistan* sind bei den Flächenbombardements der USA und Grossbritanniens vom Oktober – Dezember 2001 rund 10'000 Menschen,

Das Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte hält fest: «Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Das Volksbegehren will dem Geschäft mit dem Tod einen Riegel schieben. Mit einem Verbot von Waffenexporten kann die Schweiz ihrem humanitären Engagement neue Glaubwürdigkeit verleihen und ein starkes Zeichen für eine friedlichere Welt setzen.»

vor allem Zivilisten umgekommen. Laut BBC sind im Moment 27'000 US-Soldaten im Krieg in Afghanistan im Einsatz.

In *Somalia* bombardierte die US-Luftwaffe anfang dieses Jahres Dörfer im Süden, weil sie dort angeblich hochrangige Al-Kaida-Mitglieder vermuteten. Norman Paech, ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages sagte, die USA stünden in Afghanistan und im Irak vor einem Desaster. «Jetzt will die US-Regierung Somalia zum neuen Schlachtfeld in ihrem so genannten «Anti-Terror-Krieg» machen. Die US-Luftangriffe verdeutlichen erneut den Wahnsinn dieses Krieges, an dem sich Deutschland im Rahmen der Operation «Enduring Freedom» mit Kriegsschiffen vor der somalischen Küste aktiv beteiligt.» Der Einmarsch Äthiopiens in Somalia Ende des letzten Jahres erfolgte mit dem stillen Einverständnis und Hilfe der USA. Wie der äthiopische Regierungschef Meles Zenawi in Addis Abeba erklärte, seien nach ihm vorliegenden Schätzungen (bei dieser Invasion Äthiopiens in Somalia) zwischen 2'000 und 3'000 Islamisten getötet und bis zu 4'000 oder 5'000 weitere verletzt worden.

Chile

Nach Chile wurden 24 Panzerhaubitzen vom Typ M109 verkauft. Gegen wen will Chile eigentlich die Schweizer Panzerhaubitzen auffahren lassen, gegen die indianische Bevölkerung, die in extremer Armut lebt oder gegen die Nachbarländer Bolivien und Argentinien?

Sie erinnern sich vielleicht noch: 1973, nach der Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende, fuhren Schweizer Mowag-Panzerwagen in Santiago auf. Die putschenden Generäle mit Pinochet stellten sich nach den blutigen Massakern der Presse, wohlbehütet von Sturmgeschützen der Schweizerischen Industriegesellschaft (SIG). (Dokumente zur Waffenausfuhr, Heft 7, November 1974) Die Chilenen produzierten allerdings schon vor ungefähr 18 Jahren in Lizenz Schweizer SIG-Sturmgeschütze und Mowag-Panzerwagen. SIG-Sturmgeschütze aus chilenischen Fabriken wurden, trotz Bürgerkrieg, Anfang Dezember 1991 nach Jugoslawien geliefert. (Friedenspolitik Nr. 65, Oktober 1992)

Spanien

Im Irakkrieg gehörte Spanien auch zur «Koalition der Willigen» die mit den USA den Irak angriffen.

Frankreich

Frankreich verfügt heute über 348 einsatzbereite Atomsprengköpfe. Präsident Chirac drohte wiederholt diese Atombomben auch einzusetzen. Frankreich Einsatzdoktrin sieht den Ersteininsatz von Atombomben vor, um so genannte Schurken Staaten anzugreifen die über nukleare, biologische oder chemische Waffen verfügen, und die Frankreichs lebenswichtige Interessen bedrohen. Die französische Armee intervenierte in den letzten Jahren immer wieder in Afrika, zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Pfründe.

Grossbritannien

Grossbritannien war der wichtigste Verbündete der USA im Irak- wie im Afganistankrieg.

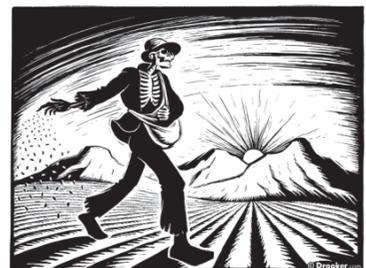
Schweden

Schweden ist offiziell neutral und die regierenden Sozialdemokraten hatten die Dezimierung der Waffenexporte auf ihre Fahnen geschrieben. Wie die NZZ am 22. August des vergangenen Jahres jedoch schrieb, hatten sich die Waffenexporte von Schweden seit 2002 vervierfacht. Schweden lieferte Waffen an mehrere Nato-Länder, wie die USA und Grossbritannien, an Pakistan und Saudi-Arabien obwohl das schwedische Gesetz Lieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Nationen verbietet.

2007: Saudi-Arabien, Pakistan und Indien

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 15. Dezember 2006 drei Ausfuhrgesuche für Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien, Pakistan und Indien bewilligt. Bei diesen Geschäften, handelte es sich um die Ausfuhr von 20 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition im Umfang von 375 Millionen Franken nach Saudi-Arabien, 21 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition in der Höhe von 136 Millionen Franken nach Pakistan und 140 Sturmgewehren mit Zubehör und Ersatzteilen im Wert von 519'000 Franken nach Indien. Die Rüstungsindustrie erwartet aus diesen Ländern also Aufträge von über 500 Millionen Franken.

Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien, Pakistan und Indien wurde, wie in anderen Fällen auch, vom Bundesrat wieder einmal beiseite geschoben, obwohl dies ein Kriterium wäre, ob Waffenexporte bewilligt werden dürften. Artikel 5b der Kriegsmaterialverordnung besagt nämlich, dass als Bewilligungskriterium die «Situation im Innern des Bestimmungslandes, namentlich die Respektierung der Menschenrechte» zu berücksichtigen sei. Die Menschenrechtslage ist, sowohl in Indien, Pakistan wie in Saudi-Arabien, laut Berichten von Amnesty International und Human Rights Watch äusserst desolat. Der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan ist noch nicht beigelegt. An der Grenze Pakistans zu Afghanistan kommt es immer wieder zu Gefechten. Noch nicht lange ist es her, dass Indien und Pakistan sich gegenseitig mit Atomwaffen bedrohten.



Holzschnitt von Eric Drooker

Eidgenössische Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

(Im Bundesblatt veröffentlicht am 27. Juni 2006; Ablauf der Sammelfrist am 27. Dezember 2007)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

- I Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:
Art. 107 Abs. 3 (neu)
3 Er [der Bund] unterstützt und fördert internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.
Art. 107a (neu) Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern
1 Die Ausfuhr und die Durchfuhr folgender Güter sind verboten: a. Kriegsmaterial einschliesslich Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die zugehörige Munition; b. besondere militärische Güter; c. Immaterialgüter einschliesslich Technologien, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von Gütern nach den Buchstaben a und b von wesentlicher Bedeutung sind, sofern sie weder allgemein zugänglich sind noch der wissenschaftlichen Grundlagenforschung dienen.
2 Vom Aus- und vom Durchfuhrverbot ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Sport- und Jagdwaffen, die eindeutig als solche erkennbar und in gleicher Ausführung nicht auch Kampfaffen sind, sowie die zugehörige Munition.
3 Vom Ausfuhrverbot ausgenommen ist die Ausfuhr von Gütern nach Absatz 1 durch Behörden des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden, sofern diese
- Eigentümer der Güter bleiben, die Güter durch eigene Dienstleistende benutzt und anschliessend wieder eingeführt werden.
4 Die Vermittlung von und der Handel mit Gütern nach den Absätzen 1 und 2 sind verboten, sofern der Empfänger oder die Empfängerin den Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat.
II Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:
Art. 197 Ziff. 8 (neu)
8 Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern).
1 Der Bund unterstützt während zehn Jahren nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» durch Volk und Stände Regionen und Beschäftigte, die von den Verboten nach Artikel 107a betroffen sind.
2 Nach Annahme der Artikel 107 Absatz 3 und 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Bewilligungen für Tätigkeiten nach Artikel 107a erteilt werden.

Auf dieser Liste können nur **Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen**. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde			
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift!)	Geburtsdatum (Tag//Monat//Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Birchler Felix, Merkurstrasse 36, 8640 Rapperswil; Buchmann David, Morgartenstrasse 9, 3014 Bern; Bühlmann Cécile, Guggistrasse 17, 6005 Luzern; Cassee Andreas, Neugasse 50, 8005 Zürich; Cassee Tom, Haldenstrasse 169, 8055 Zürich; Daquet André, Rathausgasse 62, 3011 Bern; Garbani Valérie, rue des Poudrières 97, 2000 Neuchâtel; Genner Ruth, Haumesserstrasse 16, 8038 Zürich; Gysin Remo, Petersgraben 49, 4051 Basel; Huguenin Marianne, avenue du Censuy 26, 1020 Renens; John-Calame Francine, Bas-du-Cerneux 23, 2414 Le Cerneux-Péquignot; Keller Florian, Kamorstrasse 8, 8200 Schaffhausen; Kyriacou Andreas, Spitalgasse 8, 8001 Zürich; Lang Josef, Dorfstrasse 13, 6300 Zug; Meyer Marguerite, Im Geerig 15, 5507 Mellingen; Moosmann Reto, Lorystrasse 6, 3008 Bern; Müller Barbara, Ankerstrasse 16, 8004 Zürich; Peytreman Eric, rue Ernest-Bloch 54, 1207 Genève; Recher Anja, Röntgenstrasse 75, 8005 Zürich; Rossi Clio, via San Giovanni 2, 6500 Bellinzona; Ruch Rahel, Nordring 14, 3013 Bern; Sancar-Flückiger Annemarie, Wiesenstrasse 68, 3014 Bern; Schnebli Tobias, rue de Bâle 17, 1201 Genève; Vanek Pierre, Cité-Vieuxseux 3, 1203 Genève; Vermot-Mangold Ruth-Gaby, Brückfeldstrasse 21, 3012 Bern; Weibel Andreas, Schützenstrasse 8, 8355 Aadorf; Zurkinden Hubert, rue de la Carrière 20, 1700 Fribourg

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

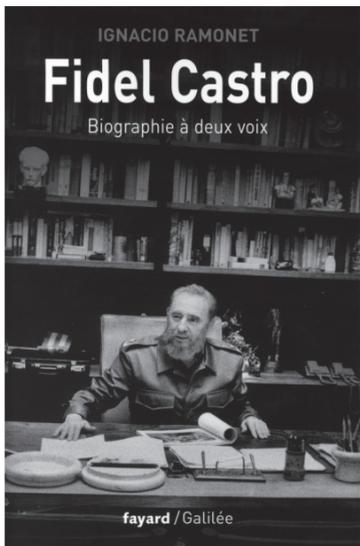
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____ Datum: _____
Eigenhändige Unterschrift: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden an das Initiativkomitee: **Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, Postfach, 8031 Zürich**, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, Postfach, 8031 Zürich, www.kriegsmaterial.ch.



Fortsetzung von Seite 8

«Man lud mich ein, das Buch zusammen mit Fidel in Havanna zu präsentieren. Fidel meinte einleitend, er wolle alle warnen, ich sei kein schmeichlernder Fragesteller gewesen, ich hätte ihn gezwungen, die unmöglichsten Fragen zu beantworten.» Zu diesem Zeitpunkt, so fand Ramonet schliesslich heraus, hatte Fidel das Buch noch gar nicht gelesen. «Erst nach der Präsentation warf er einen Blick hinein – und rief mich gleich am nächsten Tag an, er habe einige Anmerkungen zu machen und ob man die in einer zweiten Auflage berücksichtigen könnte... Ich sagte ihm, «Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht, Comandante». Aber wenn er nun meine, er könne den Text verbessern, Dinge hinzufügen, dann ok. Aber nicht Sachen entfernen. Nein nein, er wolle nichts streichen, er wolle es einfach ergänzen und präzisieren. Also hat er sich wie besessen in diese Arbeit gestürzt.»

Alle Mitarbeiter und Freunde, die Fidel in den Monaten Juni und Juli gesehen haben, bestätigen, er habe kaum mehr geschlafen, er habe immer an diesem Buch gearbeitet. Und andere zu Rate gezogen. «Zu einigen Passagen im ersten Kapitel bat er beispielsweise Hugo Chavez um gewisse Präzisierungen über die Feldzüge von Simon Bolivar. Chavez, der damals auf Staatsvisite in Moskau war, machte dann einige Vorschläge, die Fidel offenbar wörtlich übernahm.» Auch kleinste Details wurden neu überprüft. Beispielsweise die Passage, wo Fidel über das denkwürdige Essen sprach nach Ches Rückkehr aus Afrika. Fidel sagte gegenüber Ramonet, der Che habe sich so gut verkleidet, dass während des Dinners nicht einmal Raul Castro gemerkt habe, was für ein besonderer Gast mit ihnen am Tisch gesessen sei. «Als Raul im Buch diese Stelle las, ist er offenbar an die Decke gegangen, das sei absolut falsch, er hätte den Che auf alle Fälle erkannt. Und tatsächlich: Raul hat dann nachgeforscht und beweisen

können, dass er in diesen Tagen zu einem offiziellen Besuch in Moskau weilte und an besagtem Essen gar nicht teilnehmen konnte.»

Der grüne Fidel

Insgesamt vier Kapitel sind seit der erstmaligen Publikation des Buches von Fidel stark ausgeweitet worden. Die neue kubanische Version, die dort im Dezember 2006 erschienen ist, hat an die hundert Seiten mehr als die ursprüngliche Fassung, wie sie seit einigen Wochen nun auch auf Französisch vorliegt. «Es ist jetzt tatsächlich eine Art politisches Testament geworden, um hundert Seiten stärker, die aus Fidels eigener Hand stammen. Im einzigen Interview, das er seit seiner Erkrankung bisher gegeben hat, sagte Fidel dem argentinischen Journalisten Miguel Bonasso, das erste, was er nach der Operation getan habe, sei, sich wieder mit den Ergänzungen zum Buch zu beschäftigen, weil er nicht gewusst habe, wie viel Zeit ihm noch bleibe. Die Ergänzungen hat er also sozusagen im Gedanken geschrieben, dass er nächsten sterben würde. Das heisst nicht, dass es sich um die historische Wahrheit handelt, aber es handelt sich um seine Wahrheit, seine Interpretation, und das gibt dem Buch einen besonderen historischen Aspekt.»

Was hat Ignacio Ramonet in den langen Gesprächen mit Fidel besonders beeindruckt?

«Ich werde Ihnen drei Beispiele geben. Erstens habe ich entdeckt, dass Fidel Castro ein Umweltschützer ist, den die Probleme der Ökologie im Allgemeinen, die Erhaltung der Umwelt, das ökologische Gleichgewicht etc. stark beschäftigten. Kürzlich habe ich in «El Pais» einen Artikel gesehen, in welchem gross über eine Initiative der australischen Regierung berichtet wird, gewöhnliche Glühbirnen durch Sparlampen zu ersetzen. Australien sei das erste Land, das sich von Thomas Edison's Birne verabschiedet. Das ist komplett falsch. Das erste Land war Kuba, das zweite Venezuela. Zudem handelt es sich in Australien um ein Projekt. Das heisst, sie setzen sich 2010 als Ziel. In Kuba ist das alles bereits passiert. Es gibt keine einzige Glühbirne mehr im Verkauf, ihr Verkauf ist verboten. Aber hier wird das von niemandem erwähnt. «El Pais» spricht jeden Tag von Kuba, kritisiert Kuba jeden Tag, und jetzt loben sie Australien für etwas, das Kuba schon seit über einem Jahr realisiert hat.»

Die Rassendiskriminierung

«Die zweite Entdeckung: Ich dachte nicht, dass sich Fidel dermassen bewusst ist über die Probleme der Rassendiskriminierung in Kuba. Die Art und Weise, wie er über das Fortdauern von ethnischen Spannungen spricht, ist intelligent, umfassend, differenziert. Er redet nicht wie ein Militanter,

der sagt, wir haben die Revolution gemacht und haben ein Gesetz gegen Rassendiskriminierung verabschiedet und deshalb gibt es keine Probleme mehr. Vielmehr spricht er davon, dieses Problem sei nicht während nur einer Generation zu lösen und schon gar nicht allein per Dekret. Er nimmt sogar die Idee der positiven Diskriminierung auf, das heisst, Gesetze und Erlasse zu begünstigen und verabschieden, die es erlauben würden, den historischen Rückstand aufzuholen. Rassismus in Kuba ist ein Aspekt, den Fidel sonst offenbar nie anspricht und hier im Buch kommt er immer wieder darauf zurück. Über die Situation in den Gefängnissen, selbst über die Darstellung des Schwarzen im Kino, in erster Linie in den Kriminalfilmen. Er hat also eine Sicht der Gesellschaft, die sehr differenziert ist, die nicht an der Oberfläche bleibt.»

Die Prinzipien leben

«Was mich schliesslich drittens beeindruckt hat, ist seine Verbundenheit mit dem was er Ethik nennt und was wir vielleicht mit moralischen Prinzipien beschreiben würden. Man kann von ihm denken was man will, aber ich glaube er ist jemand der sehr ehrlich versucht, ein Verhalten an den Tag zu legen, das im Einklang mit diesen Prinzipien steht. Fidel lebt das Leben eines Soldaten, eines Mönchs, eines Spartaners. Er isst makrobiotische Sachen, Müsli, Yoghurt, Kräuter etc. Sein einziger Luxus ist ein Glas Rotwein am Abend. Das ist alles. Um ihn herum muss alles funktionell sein, nüchtern. Oder: Fidel lügt nicht. Da kannst du sämtliche Biographen fragen: Er lügt nicht. Er hat sich schon geirrt, was er auch immer anerkennt, aber eine bewusste Lüge konnte ihm bisher niemand nachweisen. Das gehört nicht zu ihm. Da ist er sehr sensibel und reagiert auch heftig. Etwa wenn jemand behauptet, es werde gefoltet oder es sei gefoltet worden auf Kuba.»

Die linken Kritiker

Dass Fidel, der in Lateinamerika zu den Volkshelden gehört, in Europa in erster Linie als Diktator oder gar als Tyrann wahrgenommen wird, erklärt

sich Ignacio Ramonet mit der Geisteshaltung einer bestimmten sozialen Schicht, die sich in den Medien wiederfindet. «Es geht vorab um Leute der Linken, die ein schlechtes Gewissen haben wegen ihrer ehemals «verständnisvollen» Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern Osteuropas. Sie machen sich heute selbst Vorwürfe, blind gewesen zu sein und setzen Kuba nun Osteuropa gleich. Viele der Journalisten, gerade jene die gegenüber Kuba am aggressivsten auftreten, gehören zur Linken oder zur extremen Linken oder gehörten zumindest mal dazu. Ihr Irrtum ist nicht, dass sie sagen, man hätte kritischer sein sollen gegenüber den Ländern Osteuropas, wie wir es im «Monde diplomatique» immer waren, sondern dass sie Kuba nun in einen Topf werfen mit Osteuropa. Nur weil Kuba von der Sowjetunion unterstützt worden ist, oder Mitglied des RGW war, heisst das noch nicht, dass die Art von Sozialismus auf Kuba dieselbe ist wie in der Sowjetunion. Die Lateinamerikaner haben stets gewusst, dass der Sozialismus in Kuba anders ist, weil er immer alle progressiven Kräfte und alle einbezog, die irgendwo auf anti-imperialistischen Positionen stehen.



Ramonet während einer seiner Begegnungen mit dem kubanischen Staatschef Fidel Castro. Foto zvg.

Selbst die Kommunistische Partei Kubas ist ja 1965 als Zusammenschluss aus drei verschiedenen politischen Strömungen entstanden. Das alles macht die Einzigartigkeit des kubanischen Prozesses aus.» Paradoxerweise würden sich gerade jene, die Kuba mit Kritik überhäufen, nun für Venezuela begeistern. «Die Vorsitzende der Französischen KP etwa hat kürzlich verabschiedungswürdige Erklärungen zu Kuba abgegeben. Andererseits lobt sie auf einem Wahlmeeting in Marseille Venezuela und Bolivien über den grünen Klee und ruft dazu auf, es den Lateinamerikanern nachzumachen. Dabei ist alles was heute in Lateinamerika geschieht ohne Kuba gar nicht denkbar!»

Für die USA ist Kuba Innenpolitik

Auch für die krankhafte Feindseligkeit der verschiedenen US-Administrationen gegenüber Kuba hat der aufmerksame Beobachter aus Paris seine eigene Interpretation: «Man kann sich das nur erklären durch die Tatsache, dass Kuba für die USA zu einem innenpolitischen Problem geworden ist. Kuba ist nicht ein Element der US-Aussenpolitik. Warum? Erinnern wir uns beispielsweise an die Wahl von Bush, die sich in Florida entschieden hat, wo sein Bruder Gouverneur ist. Die Mehrheit in Florida wird entschieden durch die Präsenz von Kubanern, etwa einer Million Wählerstimmen. Ein veritabler diplomatischer Skandal ist die Gründung der Kommission für den Übergang in Kuba innerhalb der US-Regierung. Stellen Sie sich einmal vor, die französische Regierung würde eine Kommission bilden zum politischen Übergang in Tunesien, weil Tunesien eine Diktatur ist. Stellen Sie sich den politischen Skandal vor: Frankreich finanziert tunesische Journalisten, gibt Millionen aus für die interne Opposition. Ja wo bliebe da die Souveränität der Völker? Aber gegenüber Kuba ist das offenbar möglich, das stellt keine Probleme. Ich habe keinen einzigen Artikel in der grossen Presse gesehen, der dieses Vorgehen der USA in Frage gestellt hätte. Man findet das normal, man hilft ja der Freiheit.»

Appell an Novartis-Aktionäre verlief ungehört

Unersättliche Novartis

Im Patentrechtsstreit um das Medikament Glivec® ignoriert das Unternehmen Novartis weiterhin die globalen Proteste. Die internationale Organisation Médecins Sans Frontières / Ärzte ohne Grenzen (MSF) verurteilt das Vorgehen von Novartis und richtete einen Appell an die Novartis-Aktionäre, ihren CEO Daniel Vasella zum Rückzug der Patentrechtsklage in Indien aufzufordern. Das Vorgehen von Novartis kann den weltweiten Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten erheblich gefährden.

«Wir sind auf erschwingliche Medikamente aus Indien angewiesen. Wir befürchten auch, dass das Vorgehen von Novartis die Verfügbarkeit von erschwinglichen Medikamenten in den ärmsten Regionen der Welt und somit auch in unseren Einsatzländern beeinträchtigt», kritisierte der ärztliche Leiter der MSF-Kampagne für den Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten, Unni Karunakara, an einer Medienorientierung in Basel, dem Hauptsitz von Novartis. «Indien hat in seiner Gesetzgebung Gebrauch von den Flexibilitäten gemacht, die in den internationalen Handelsabkommen festgelegt sind. Diese Flexibilitäten sind äusserst wichtig und könnten anderen Ländern als Vorbild für die Gesetzgebung dienen. Doch falls Novartis den Fall gewinnt, wird diese Möglichkeit wohl nicht nur in Indien zunichte gemacht.»

«Wir bitten die Aktionäre, ihre Bedenken zu den Auswirkungen von Novartis' Vorgehen in Indien kundzutun», sagte Christian Captier, Gene-

raldirektor von MSF Schweiz, am Vorabend der Novartis-Generalversammlung. «Die Klage betrifft nicht nur das Medikament Glivec®, sie könnte auch verheerende Auswirkungen auf den gesamten Generika-Markt Indiens haben. Weil zahlreiche Entwicklungsländer auf erschwingliche Generika aus Indien angewiesen sind, kann das Vorgehen von Novartis das Leben von Tausenden aufs Spiel setzen.»

Glivec® ist ein Medikament zur Blutkrebsbehandlung. Es wird von Novartis und verschiedenen indischen Generikaherstellern wie Ranbaxy, Cipla, Hetero und Natco produziert und vermarktet. Novartis verlangt für das Medikament in Indien 2'500 US-Dollar pro Patient und Monat, während der Preis der Generika bei rund 175 US-Dollar liegt...

Petition mit Ruth Dreifuss

Mittlerweile haben 350'000 Menschen ihre Bedenken zum Vorgehen von Novartis geäussert, darunter Erz-

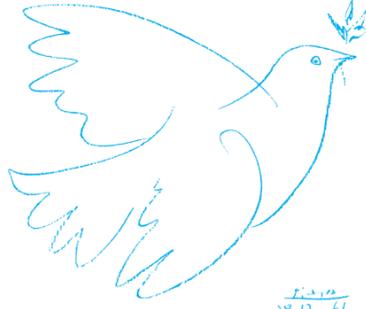
bischof Desmond Tutu, der US-Abgeordnete Henry Waxman, mehrere EU-Parlamentarier, der angehende Weltfonds-Direktor Michel Kazatchkine, die frühere Bundespräsidentin und Vorsitzende der WHO-Kommission für geistiges Eigentum, Innovation und Volksgesundheit (CIPIH) Ruth Dreifuss, die Deutsche Entwicklungsmministerin Heidemarie Wieceorek-Zeul, der frühere UNO-Beauftragte für Aids in Afrika Stephen Lewis sowie Schriftsteller John le Carré. Zahlreiche Patientengruppen und Nichtregierungsorganisationen haben sich dem Aufruf ebenfalls angeschlossen.

Die zunehmende Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von antiretroviralen Medikamenten erlaubte es MSF und anderen Organisationen, ab dem Jahr 2000 weltweit HIV/Aids-Patienten zu behandeln. Indien wird oft als Apotheke der Entwicklungsländer bezeichnet. Medikamente aus Indien machen momentan mindestens ein Viertel aller Medikamente aus, die MSF weltweit einsetzt. Über 80 Prozent der rund 80'000 Menschen, die MSF in 30 Ländern gegen HIV/Aids behandelt, erhalten Medikamente aus Indien. (msf)

Die internationale Online-Petition von Ärzten ohne Grenzen kann unter www.msf.ch/petition-de weiterhin unterzeichnet werden.



Signierstunde mit Ignacio Ramonet in Havanna: «Cien horas con Fidel», wie der Titel der kubanischen Ausgabe von Ramonets Buch heisst, findet auf der Insel reissenden Absatz. Die dritte und von Fidel stark erweiterte Auflage wurde von der kubanischen Tageszeitung «Juventud Rebelde» kapitelweise als Beilage publiziert.



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____



Im Pressezentrum der kubanischen Hauptstadt: Ignacio Ramonet bei der Präsentation der spanischen und kubanischen Ausgaben seines «zweistimmig» geschriebenen Buches über Fidel Castro. Foto PL

Kuba das Wort geben

Fidel Castro im O-Ton

Ist ein Buch mitschuldig am prekären Gesundheitszustand des kubanischen Revolutionsführers? In den Wochen vor seiner schweren Erkrankung Ende Juli 2006 und auch in den Wochen unmittelbar nach seiner Darmoperation kannte Fidel offenbar nur ein Ziel: Ergänzungen und Präzisierungen anzubringen an einem Dokument, das allgemein als sein politisches Testament betrachtet wird.

Von Martin Schwander

Ende Januar ist in Paris die französische Übersetzung eines Buches erschienen, das auf Spanisch bereits 2006 Furore gemacht hatte und auf Kuba in einer von Fidel Castro praktisch noch auf dem Operationstisch überarbeiteten Version Ende 2006 in einer Massenaufgabe verbreitet worden ist: Die «Biographie à deux voix», die «zweistimmige Biographie» Fidel Castros, Resultat eines über hundert Stunden dauernden Gesprächs des kubanischen Revolutionsführers mit Ignacio Ramonet, dem spanisch-französischen Buchautor und Direktor des «Monde diplomatique».

Die Idee zum Buch sei eher zufällig entstanden, sagt uns Ignacio Ramonet während eines Interviews, das wir mit ihm am Sitz seiner Zeitung in Paris führen konnten. Er habe als Gast der französischen Botschaft im Januar 2002 an der Buchmesse von Havanna teilgenommen, zur Lancierung der kubanischen Ausgabe von «Propagandes silencieuses», und sei dabei auch mit Fidel Castro ins Gespräch gekommen.

Wenn Sie Ihre Zeit mit vergeuden wollen...

«Wir sprachen über die Globalisierung und ich erwähnte, dass einer der ersten, der die Globalisierung sehr ernsthaft kritisiert hatte, der erste, der das verstanden hatte, Sub-Comandante Marcos gewesen sei. Und Fidel sagte, er habe mein kurz vorher erschienen Buch über Marcos gelesen. So haben wir begonnen, über den Sub-Comandante zu sprechen und Fidel meinte, er habe grossen Respekt vor ihm, es sei ausserordentlich, was er gemacht habe etc., überhaupt sei das Buch sehr interessant. Und da

sagte ich ihm, das sei ja alles gut und recht, aber eigentlich würde ich so ein Buch gerne auch mit ihm machen, worauf er erwiderte, ich würde doch sicher meine Zeit nicht mit ihm vergeuden wollen...»

Nach dieser Begegnung habe eine Assistentin von Fidel Ramonet zur Seite genommen und ihn gefragt, ob seine Idee, ein Buch mit Fidel zu machen, ernst gemeint gewesen sei. «Ich sagte, hör mal, das ist einfach so im Gespräch gefallen, aber natürlich, wenn Fidel einverstanden ist, so bin ich selbst mehr als einverstanden, das ist klar. Aber ich müsse mich gut darauf vorbereiten. Entgegen der Meinung vieler Leute bin – oder war ich damals – nämlich kein Kuba-Spezialist.»

Jetzt erst recht

Zurück in Frankreich sah sich der prominente Zeitungsmacher Ramonet einer regelrechten Hetz-Kampagne ausgesetzt, weil er an der Buchmesse teilgenommen hatte. «Man hat mich medial sozusagen gelyncht. Man klagte mich an, dass «Propagandes silencieuses» in Kuba herausgekommen ist während es den Kubanern doch an allem mangle. Die Presse hat natürlich weder über das Buch selbst gesprochen noch über die kubakritischen Passagen, die es enthält und die in Kuba tel quel publiziert worden sind.»

Angesichts dieser Obsession, dieses Deliriums, dieser Hysterie gegenüber einem kleinen Land, das so viel erliden musste, habe er sich gesagt: «Du musst dieses Buch über Fidel machen. Ich nahm das wie eine Herausforderung.» Natürlich lasse sich einiges an Kuba kritisieren. «Aber im Palmares der «Menschenfresser-Regimes» ist Kuba nicht einmal unter den ersten Hundert zu finden.» Als ihn Fidels Assistentin erneut kontaktierte und

sagte, sie habe mit Castro gesprochen, für ihn sei es vor allem ein Zeitproblem, hat Ramonet das Projekt denn auch ernsthaft in Angriff genommen. Er traf erneut mit Castro zusammen und dieser versicherte ihm, er habe schon seit Jahren den Wunsch, die eigenen Memoiren zu schreiben, viele Verlage auf der Welt hätten ihm dazu goldene Brücken gebaut, aber er habe nie die Zeit gefunden. Nun sei er in einem Alter, wo alles passieren könne und er möchte nicht sterben, ohne gewisse Sachen gesagt zu haben. «Das war immer noch im Jahr 2002. Daraufhin machten wir ein erstes Gespräch ab, ich sagte ihm auch, dass wir zur selben Zeit einen Dokumentarfilm drehen möchten, und er war damit einverstanden. Er hat nie gesagt, wir wollen über das und das sprechen, ich sagte ihm einfach, ich möchte Fragen stellen zu seinem gesamten Leben und zur Revolution als Ganzes und namentlich auch über alle Vorwürfe, die man ihm macht, weil er ja nie die Gelegenheit habe, dazu Stellung zu nehmen. Das Buch gebe nun die Gelegenheit, seine Version, seine Sicht der Dinge darzulegen. Auch wenn dies nicht zwangsläufig die Version sein werde, welche die Geschichte einmal übernehmen, könne er im Gespräch doch die Haltung eines Anwalts übernehmen, der Kuba verteidige.»

Gespräch statt Verhör

Ob er angesichts des Anspruchs, praktisch Mitautor des politischen Testaments einer historischen Persönlichkeit zu werden, nicht Angst vor der Verantwortung bekommen habe?

«Ich hatte eigentlich nur Angst, eingeschüchtern zu sein vor dieser respekteinflössenden Persönlichkeit. Ob man Fidel nun liebt oder nicht: Er ist einer der Akteure der Geschichte des 20. Jahrhunderts, mindestens der zweiten Hälfte. Also habe ich gewisse Vorsichtsmassnahmen getroffen.» Er habe viele Freunde gefragt, darunter einige mit einer sehr kritische Haltung gegenüber der kubanischen Revolution, welche unabhängigen Fragen sie Castro stellen würden, wenn sie ihm gegenüber sässen. «Ich erhielt Dutzende von Fragen zugeschickt, vorab

von Manuel Vazquez Montalban und von Miguel Torres, der Castro während des Pabst-Besuches selbst gerne interviewt hätte. Und ich nahm mir fest vor, alle ihre Fragen zu stellen um mich trotz Einschüchterung zu zwingen, auch wirklich alle delikatsten Themen anzusprechen. Insgesamt etwa zwanzig Personen haben mir ihre Fragen zugestellt, sie sind im Buch namentlich aufgeführt. Ich nehme diese Leute als Zeugen, dass ich auch tatsächlich all ihre Fragen bei Castro deponiert habe.»

Er habe Interviews nie als Verhöre betrachtet, sondern immer als Konversation, unterstreicht Ignacio Ramonet, und in Castro habe er dazu einen idealen Gesprächspartner gefunden: «Fidel erdrückt sein Gegenüber nicht, sondern er diskutiert. Und das war ja mein Ziel: Ihm die Gelegenheit zu geben, seine Argumente vorzubringen. Ich meine, dieser Anforderung bin ich gerecht geworden.»

Noch einmal von vorne

Ende 2002 hatten die langen Gespräche begonnen, im Januar und Februar 2003 wurden sie weitergeführt. Gearbeitet wurde einerseits mit Mikrofon, in Büroräumen, andererseits wollte Ramonet Fidel auch im öffentlichen politischen Alltag kennenlernen. «Er hat das ohne weiteres akzeptiert und ich reiste mit ihm in seinem Auto, vom Morgen bis am Abend, während mehrerer Tage, in diesem sehr alten Mercedes aus den achtziger Jahren, die Füsse auf einem Maschinengewehr. Ich habe mit ihm geführstückt, ich habe mit ihm gegessen am Mittag, am Abend, wir sind sogar ins Ausland geflogen zusammen, in dieser alten Iljuschin-18, die man seit 1970 nicht mehr produziert und in der alle Angst haben!»

Was auf diesen Reisen und Touren von Fidel gesagt wurde, brachte Ramonet am Abend jeweils aus dem Gedächtnis aufs Papier. «So sind viele Elemente in diesem Buch entstanden. Alles in allem haben wir im Januar und Februar etwa um die 30 Stunden Gespräche geführt.»

Ein Grossteil des Buches schien gemacht. Aber kaum war Ramonet in Paris zurück, wurden auf Kuba über

70 Regime-Gegner verhaftet und an drei Kubanern, die ein Schiff entführt hatten, die Todesstrafe vollzogen. «Dazu kam der Beginn des Irak-Krieges, am 20. März. Also sagte ich mir: Jetzt haben wir dreissig Stunden Gespräche für die Katz. Wir hatten beispielsweise über die Todesstrafe gesprochen, Fidel hatte mir gesagt, er sei dagegen, in Kuba gebe es ein Moratorium, seit 2001 werde sie nicht mehr vollzogen, man wolle nichts mehr davon wissen. So bin ich im Mai 2003 zurückgekehrt zu einigen sehr langen Arbeitssitzungen, die manchmal um 14.00 Uhr begannen und um 02.00 Uhr Morgens aufhörten. Und zwar auf meine Bitte hin: Ich war jeweils vollkommen fertig.»

Wieder flog Ramonet mit einer Unmenge neuen Materials nach Paris zurück und machte sich daran, eine gewisse thematische Ordnung in die Gespräche zu bringen. «Mit Fidel beginnst du beim Irak und bereits 15 Minuten später bist bei den Sandinisten angelangt, in Angola oder beim Che. Ich konnte also das Buch nicht so organisieren, wie die Gespräche wirklich abgelaufen sind. Sonst wäre der Leser komplett verloren gewesen. Das verlangte natürlich viel Zeit.» Und bekanntlich bleibt nichts wie es ist: Während Ramonet die Gespräche ordnete, entwickelten sich die Dinge weiter. «Es gab eine Reihe von Entwicklungen in Lateinamerika, es gab die Korruptionsaffäre in Kuba. Also habe ich gefragt, ob ich noch einmal kommen könne.» Im September 2004, im Mai 2005 und zum letzten Mal schliesslich im Dezember 2005 fanden weitere Treffen mit Fidel statt. «Im Dezember 2005 hatte Fidel bereits die berühmte Rede an der Universität von Havanna gehalten, eine enorm wichtige Rede. Er sagte mir, ich solle doch einige Stellen aus dieser Rede zitieren, er habe nicht Lust, zu gewissen Themen alles wieder zu käuen. Also habe ich einige Stellen aus seiner Rede integriert. Castro hatte schon an andern Stellen immer wieder darauf hingewiesen, er habe dieses und jenes schon in dieser und jener Rede angesprochen, das sei dort viel besser gesagt, ich solle es dort entnehmen.»

Hausaufgaben nicht gemacht

Vereinbart war, dass Fidel das Buch vor der Drucklegung durchlesen würde. Anfangs 2006 schickte Ramonet das Manuskript nach Havanna. «Danach habe ich gewartet, einen Monat, zwei Monate. Schliesslich sagte ich mir, also gut, ich habe einen Vertrag mit einem Verleger, wenn kein Einwand kommt, muss das Buch raus. Ein Mitarbeiter von Fidels Stab sagte mir, sie selbst sähen kein Hindernis, das Buch herauszugeben, aber er könne mir nicht garantieren, dass Fidel das Buch wirklich durchgesehen habe. Sie hätten Fidel gesagt, das Buch sei druckbereit und er habe nur erwidert, Ok, soll es erscheinen.»

Obwohl Ramonet sehr darüber erstaunt war, dass Fidel keine Anmerkungen zu machen hatte, erschien die «Biografia a dos voces» im April in Madrid und als «Cien horas con Fidel» im Mai 2006 auch auf Kuba.

Fortsetzung Seite 7

conférence-débat avec

Ignacio Ramonet

«Cuba, Fidel Castro... Et demain?»

Fribourg
lundi 26 mars 2007 à 19.00 h
à l'Université Miséricorde
Auditorium C

Ignacio Ramonet, directeur du Monde diplomatique, Théoricien des médias, journaliste et une des voix les plus représentatives du mouvement altermondialiste présentera et dédicacera son dernier livre: «Fidel Castro. Biographie à deux voix». (Titre original: «Cien horas con Fidel»), Editions Fayard/Gallilée, en librairie à partir du 7 février 2007.

ASC/VSC Association Suisse-Cuba (national) / Cuba-AL: Section Fribourg - cp 19 - 1701 Fribourg
Avec le soutien de: Les Amis du Monde diplomatique, Fachschaft des Lehrstuhls Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Universität Fribourg, Atao-Fribourg, Librairie Albert le Grand

Ramonet in Freiburg

Am 26. März spricht Ignacio Ramonet an der Uni Freiburg über «Kuba, Fidel Castro... Und danach?». Der auf Französisch geführte und durch den ehemaligen PdA-Präsidenten Alain Bringolf moderierte Anlass beginnt um 19.00 Uhr im Auditorium C der Uni-Miséricorde, Avenue de l'Europe 20